

# **STADT STUTENSEE**



## **HAUSHALTSPLAN 2018**

### **Haushaltsreden**

# **HAUSHALT 2018**

## **Stellungnahmen des Oberbürgermeisters und der Fraktionen**

## Es gilt das gesprochene Wort



### **Haushaltsrede 2018 des Oberbürgermeisters anlässlich der Gemeinderatssitzung am 20. November 2017**

*Hinweis:*

*Die nachfolgende Rede zum Haushaltsplan 2018 hat Herr Oberbürgermeister Demal anlässlich der Einbringung des Haushaltes am 20.11.2018 im Gemeinderat gehalten. Zu diesem Zeitpunkt waren die Zahlen der Novembersteuerschätzung, die die Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt für die Zeiträume 2018 bis 2021 wesentlich verbessert haben, noch nicht bekannt. Somit können die in der Rede genannten Zahlen nicht alle mit der*

*Endfassung des Haushaltes übereinstimmen.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Hendel, werter Herr Franz,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

traditionell bringt die Verwaltung den Entwurf des Haushaltsplanes für das folgende Jahr im November in den Gemeinderat ein. Dies war in diesem Jahr aus vielen Gründen extrem schwierig – auch weil das Land die Gemeinde-Daten der Novembersteuerschätzung bis heute nicht herausgegeben hat.

„Suchet der Stadt Bestes, denn wenn's ihr wohl geht, so geht's euch auch wohl.“

Dieser Gedanke des Propheten Jeremia im alten Testament ist für mich Aufforderung und Motivation zugleich, mit Ihnen gemeinsam Antworten auf Fragen zu finden, die von existenzieller Bedeutung für diese Stadt sind. Es liegt in unserer Verantwortung, meine Damen und Herren, diese Fragen zu lösen, auch im Diskurs.

Letztlich aber immer dem gemeinsamen Ziel dienend, Grundlagen für eine positive Zukunft für die Menschen hier, in allen Stadtteilen und für die nachfolgenden Generationen zu schaffen. Die Einheit und die Vielfalt zu gestalten, ist auch nach mehr als 40 Jahren nach der Stadtgründung unser aller zentraler Auftrag.

Wer den damit verbundenen Aufgaben weltlicher begegnen mag, den möchte ich frei nach John F. Kennedy daran erinnern:

„Frage nicht, was deine Stadt für dich tut, sondern überlege, was du für deine Stadt tun kannst!“

Der christliche Glaube und grundsätzliche ethische Leitlinien sind gleichermaßen wertvoll, uns in unserem verantwortlichen Tun für das Gemeinwohl in Stutensee zu motivieren.

Wenn ich Ihnen jetzt nachfolgend die Eckpunkte unseres Haushaltsentwurfs vortrage, würde ich mich freuen, wenn uns alle diese Gedanken begleitend unterstützen.

Ich meine, diese können uns helfen, uns darin beflügeln, dass wir uns in einem vertrauensvollen Umgang miteinander, offen und respektvoll darüber verständigen, welche Potentiale wir nutzen wollen und sollten, auf Basis des aktuellen Haushaltsentwurfs, um das Optimale für Stutensee zu finden.

Meine Damen und Herren,  
die Finanz- und Wirtschaftsdaten machen zwar deutlich, dass wir uns weiter in einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld bewegen, sodass auch weiterhin mit steigendem Steueraufkommen gerechnet werden kann.

Gleichwohl müssen wir Kommunen deutlich betonen, dass uns seit vielen Jahren stets neue Aufgaben übertragen werden, für die wir nach dem Staatsaufbau der Bundesrepublik nicht die Zuständigkeit tragen.

Denn immer dann, wenn es gilt, eine neue oder neu dimensionierte gesamtstaatliche Herausforderung zu meistern, erinnert man sich gerne an die Stärke der kommunalen Ebene, die es dann auch immer „irgendwie“ geschafft hat.

Die aktuelle Einnahmeentwicklung der Kommunen und der Ausblick auf die Folgejahre können zwar grundsätzlich positiv bewertet werden – den erwartet steigenden Einnahmen stehen jedoch auch eine Vielzahl von steigenden Ausgaben gegenüber. Aus diesem Grund ist bei vielen Kommunen oft keine spürbare Verbesserung der Gesamtfinanzsituation zu erkennen - so auch bei uns.

**Im Haushaltsentwurf des Landes bleiben kommunale Interessen nahezu unberücksichtigt. Das wird den Herausforderungen, vor denen wir Städte und Gemeinden stehen, nicht gerecht. Wenn die Kommunen für das Land neue und zusätzliche Aufgaben erledigen sollen, dann müssen sie dazu auch finanziell in die Lage versetzt werden, denn ihre bisherigen Aufgaben bleiben weiterhin erhalten.**

Die Zahlen der Steuerschätzung sind also grundsätzlich erfreulich – gleichwohl sind die Mehreinnahmen nicht ausreichend, um die kommunalen Investitions Herausforderungen zu bewältigen.

Nun zum laufenden Haushaltsjahr 2017

Der „Plan-Verwaltungshaushalt“ weist eine **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt** in Höhe von 1,8 Mio. EUR aus.

Die **Gewerbsteuer** bleibt um 500 tsd. Euro hinter dem Planansatz zurück. Bei den **Schlüsselzuweisungen** im Rahmen des **Finanzausgleichs** und dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** rechnen wir allerdings mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 900.000 EUR.

Bei den **Personalausgaben** rechnen wir wegen der vorzeitigen Eröffnung von weiteren Kindergartengruppen mit Mehrausgaben in Höhe von 150.000 EUR. Bei den **Zuweisungen** an externe Kindergärten ergeben sich wiederum Mehrausgaben in Höhe von 150.000 EUR.

Übrigens: An die kirchlichen und privaten Kindergartenträger zahlen wir in 2017 insgesamt **4,67 Mio. Euro**; ergänzend die Kreisumlage: sie beträgt in diesem Jahr **9,75 Mio. Euro**.

Im Vermögenshaushalt waren **Grundstücksankäufe** in Höhe von 4,3 Mio. EUR geplant. 1,83 Mio. EUR davon werden im Jahr 2017 nicht mehr realisiert. Für den Rest werden Haushaltsausgabereste gebildet.

Bei den geplanten **Investitionen** in Höhe von 12,2 Mio. EUR gehen wir davon aus, dass ca. 2,7 Mio. EUR nicht umgesetzt werden. Der größte Betrag liegt in der Verschiebung der Erschließung des Gebietes „Erweiterung Seniorenzentrum Friedrichstal“.

Zum Jahresende 2017 ergibt sich voraussichtlich ein Schuldenstand im Kernhaushalt von 12,56 Mio. EUR. Davon sind ca. 8,5 Mio EUR zinsverbilligt bzw. zinslos von der KfW. Für wiederum 5,33 Mio. EUR davon erhalten wir Ersätze bzw. Mieten im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung, so dass Zins und Tilgung für diesen Teil refinanziert werden können.

Der **Rücklagenbestand** betrug zum 01.01.2017 11,45 Mio. EUR. Im Haushaltsplan 2017 war zur Finanzierung der großen Investitionen eine Entnahme aus der Rücklage von 8,2 Mio. EUR geplant. Aufgrund des Wegfalls der geplanten Kreditaufnahme muss die Entnahme aus der Rücklage leicht auf 8,6 Mio. EUR erhöht werden. Wir gehen von einem Rücklagenbestand zum 31.12.2017 von ca. 2,8 Mio. EUR aus.

Die Verwaltung arbeitet zurzeit noch an der Überarbeitung der in unserem Haushalt vorhandenen Deckungsmittel für die Schlussabrechnungen des **Öffentlichen Personennahverkehrs** (ÖPNV). Hier wurde seitens des Landratsamtes als auch seitens der Stadt gegenüber der AVG deutlich gemacht, dass nicht nur bei andernorts noch länger zurückliegenden Maßnahmen, sondern auch bei uns eine zeitnahe Abrechnung erwartet wird. Je nach Ergebnis kann der Bestand der Rücklage eventuell noch um max. 300.000 EUR erhöht und der Schuldenstand um max. ca. 850.000 EUR gesenkt werden.

#### Nun zum Ausblick Haushaltsjahr 2018

Im Verwaltungshaushalt sind 68,6 Mio. Euro und im Vermögenshaushalt ca. 19 Mio. Euro geplant.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ist mit ca. 1,1 Mio. Euro geplant. Die Entnahme aus der Rücklage ist mit 1,6 Mio. Euro und eine Kreditaufnahme wird mit 7,48 Mio. Euro geplant.

Im Verwaltungshaushalt sind die geplanten Einnahmen insgesamt gegenüber dem Jahr '17 um ca. 2,3 Mio. EUR gestiegen.

Für das Jahr 2018 haben wir Einnahmen aus der **Gewerbsteuer** in Höhe von 5,5 Mio. EUR eingeplant. Dies entspricht der diesjährigen Entwicklung.

Die **Zuweisungen aus Steuern** und aus dem **Finanzausgleich** liegen um ca. 2,6 Mio. EUR über den Planungen des Vorjahres. Sie sollen nach den Eckdaten des Landes auch in den Folgejahren weiter steigen.

Die angemeldeten Personalausgaben steigen – insbesondere aufgrund der Tarifierhöhungen im Kindergartenbereich – gegenüber 2017 auf 14,3 Mio. EUR, die **Sachausgaben** auf 9,87 Mio. EUR und die **Zuweisungen** an kirchliche und private Kindergartenträger auf 5,51 Mio. EUR.

Wir haben deshalb sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachausgaben 2018 **eine globale Minderausgabe** veranschlagt.

Die **Kreis- und FAG-Umlagen** liegen wegen der höheren eigenen Steuerkraft über den Vorjahren. Bei der Kreisumlage gehen wir für 2018 und 2019 davon aus, dass der Hebesatz bei 32% bleibt. Für die Jahre '20 und '21 sind wir von einem Hebesatz von 33% ausgegangen.

#### Bezüglich der Zuführungsrate

müssen wir mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen dranbleiben, denn die Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt werden ab 2019 sinken.

Wir müssen auch berücksichtigen, dass wir ab dem Jahr 2020 das Neue Kommunale Haushaltsrecht anwenden müssen. Danach müssen die Abschreibungen im Rahmen des Ressourcenverbrauchskonzeptes erwirtschaftet werden. Da die Vermögensbewertung erst noch erfolgt, sind uns diese Abschreibungen derzeit nicht bekannt, aber wir können heute schon abschätzen, dass wir alle mit aller Kraft versuchen müssen, die Ausweitung der Ausgaben in allen Bereichen soweit wie möglich zu minimieren.

Gelingt uns dies nicht, kann bei den Gebühren und Steuern nicht mehr wie bisher kategorisch auf (auch deutliche) Steigerungen verzichtet werden. Auf unsere derzeit moderaten Hebesätze werde ich später eingehen.

#### Vermögenshaushalt

Derzeit sind im Vermögenshaushalt im Jahr 2018 **Investitionen** in Höhe von 10,6 Mio. EUR geplant. Dazu kommen **Grundstücksankäufe** über 8 Mio. EUR. Für die **Tilgung** von Krediten sind 405 tsd. EUR notwendig.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt über Einnahmen aus den Investitionen und **Zuschüssen** in Höhe von 986 tsd. EUR. Weiterhin ist der **Verkauf von Grundstücken** in Höhe von 7,86 Mio. EUR geplant. Die restliche Finanzierung erfolgt über die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt in Höhe von ca. 1,1 Mio. EUR, **Rücklagenentnahmen** in Höhe von 1,6 Mio. EUR und **Kreditaufnahmen** in Höhe von 7,48 Mio. EUR.

Die **größten Investitionen** des Jahres 2018 sind die Brandschutz-Maßnahmen an Schulen, die Sanierung Sporthalle Spöck, die Fortsetzung des Neubaus Stutensee-Bad, die Fortsetzung der Straßensanierungen, die Erschließung des Gebietes um das Seniorenzentrum Friedrichstal und der Ankauf von Grundstücken für die Entwicklung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten.

Der **Schuldenstand** würde damit Ende 2018 ca. 19,64 Mio. EUR betragen; die **Rücklage** nur noch 1.200.000 EUR.

Im **Finanzplanungszeitraum** vom Jahr 2019 bis zum Jahr 2021 sind weitere **Investitionen** in Höhe von 12,66 Mio. EUR geplant. Dazu kommen **Grundstücksankäufe** für 6,55 Mio. EUR. Die Ausgaben für **Tilgungen** betragen 1,9 Mio. EUR. Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt über Einnahmen aus den Investitionen und **Zuschüssen** in Höhe von 614.500 EUR. Weiterhin ist der **Verkauf von Grundstücken** in Höhe von 16,8 Mio. EUR geplant. Der Großteil dieser Grundstücke muss erst noch erschlossen werden. Wie Sie wissen, ist die Erschließung und Vermarktung von Grundstücken mit Risiken verbunden. Die restliche Finanzierung erfolgt über die **Zuführungsrate** vom Verwaltungshaushalt und **Kreditaufnahmen** in Höhe von 4,48 Mio. EUR.

Die größeren Maßnahmen für die Jahre 2019 bis 2021 liegen im Brandschutz beim Schulzentrum, die Sanierung von Straßen, die Erschließung des Grundstückes des alten Stutensee-Bades, die Erschließung des Baugebietes Unterfeld in Staffort, der Ausbau von barrierefreien Haltestellen für den öffentlichen Personennahverkehr und der Ankauf von Grundstücken für die Entwicklung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten.

Ende 2021 würde der **Schuldenstand** dann ca. 22,3 Mio. EUR und die **Rücklage** ca. 3,7 Mio. EUR betragen.

#### Ausblick

Auch wegen den Einschränkungen, die die Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts mit sich bringt, wurden verschiedene notwendige Investitionen nicht in die Finanzplanung aufgenommen, sondern in einer „Merkliste“ vermerkt.

Dazu ein weiterer wichtiger Punkt: Zur Erstellung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum auf städtischen Grundstücken und zur Finanzierung von in der Finanzplanung vorgesehenen wichtigen Infrastrukturmaßnahmen war in der letztjährigen Finanzplanung für 2020 ein Überschuss aus der Erschließung des Baugebiets „Lachwald II“ in Höhe von 8,5 Mio. EUR eingeplant. Da hier ein Bürgerentscheid am 18.02.2018 stattfindet, wurde diese Überdeckung aus diesem Baugebiet nicht in die diesjährige mittelfristige Finanzplanung aufgenommen.

Je nach Ausgang des Bürgerentscheids, können die infrastrukturell wichtigen Investitionen aus der Merkliste nach einer Priorisierung wieder in die Finanzplanung aufgenommen werden.

Es ist so, dass der Bürgerentscheid in vielfacher Hinsicht erhebliche Auswirkungen hat – nicht nur zum Thema Wohnen oder bezahlbarer Wohnraum, sondern auch auf weitere sehr wichtige Zukunftsinvestitionen der Stadt.

**Bereits jetzt bereiten wir uns auf die Einführung des neuen Haushaltsrechts im Jahr 2020 vor. Die kommende Umstellung wird landesweit Auswirkungen haben, auch bei uns. Mit den Änderungen – auch in Bezug auf weitere Investitionsentscheidungen – befassen wir uns schon jetzt intensiv.**

Es liegt an uns, die Ausweitung der Ausgaben in allen Bereichen soweit wie möglich zu minimieren.

**Deshalb muss die bereits für das Jahr 2017 eingeplante, aber aus Zeitgründen, vor allem auch wegen der notwendigen Arbeiten für das Bürgerbegehren Lachwald, nicht erfolgte Haushaltskonsolidierung im Jahr 2018 durchgeführt werden.**

Meines Erachtens muss ergänzend der Gesetzgeber die mit dem neuen Haushaltsrecht bei vielen Kommunen auftretenden Probleme aufgreifen, denn der Spielraum für Freiwilligkeitsleistungen wird in vielen Kommunen drastisch eingeschränkt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,  
nun möchte ich Ihnen einige Themenbereiche dieses Haushalts detaillierter darlegen.

Als ausgezeichnete „Familienbewusste Kommune Plus“ sind uns unsere Jüngsten besonders wichtig.

(Kindergärten)

Entgegen langfristiger Prognosen steigen die Kinderzahlen in Stutensee an. Diese erfreuliche Entwicklung spiegelt sich im Bedarf an Betreuungsplätzen in allen Kindergärten– und stellt uns vor Herausforderungen. Unser Ziel ist es, weiterhin die Einrichtungen für Kinder U3 und Ü3 in jedem Stadtteil anzubieten. Dies erfordert wie bisher den kontinuierlichen Ausbau bestehender Einrichtungen sowie die Umnutzung bereits vorhandener Räume.

Die im Jahr 2016 begonnene Baumaßnahme im Kindergarten „Regenbogen“ Friedrichstal wurde im Jahr 2017 planmäßig fortgeführt. Der Abschluss ist für Anfang 2018 vorgesehen. Mit dem Anbau wurden dringend notwendige Nebenräume geschaffen: Mehrzweck-, Bewegungsraum sowie Essens- und Personalbereich. Wir verwirklichen so ein modernes und zukunftsfähiges Konzept. Mit einer weiteren Gruppe hat der Kindergarten nun insgesamt vier Gruppen. Zusätzlich wird die Außenanlage komplett überarbeitet.

Mit der Errichtung des Lichthofes für den Mehrzweckraum wurde die Erweiterung des städtischen Kindergartens „Sonnenschein“ in Friedrichstal abgeschlossen. Auch dieser Kindergarten hat nun insgesamt vier Gruppen in hellen und modern ausgestatteten Räumen. Der geräumige Mehrzweckraum bietet noch mehr Möglichkeiten für ein abwechslungsreiches Betreuungsangebot.

In Räumen der Pestalozzi Schule konnten wir in diesem Jahr den Kindergarten „Zauberwald“ einweihen. Drei ehemalige Klassenzimmer wurden entkernt und die Räume neu geordnet. Entstanden sind dadurch insgesamt zwei Gruppenräume, ein Schlaf-, ein Intensiv- und ein Personalraum sowie eine kleine Küche und die erforderlichen sanitären Anlagen.



Zudem wird der Mittelbau der Pestalozzi-Schule auf den neuesten energetischen Stand gebracht. Neben dem Verbau neuer Fenster wurde auch die Fassade vollständig mit einem Wärmedämmverbundsystem nach modernsten Standards erneuert. Derzeit wird auch die Dacheindeckung ausgetauscht.

Die Sanierungsmaßnahmen des Kindergartens „Lachwald“ wurden in diesem Jahr bis auf Restarbeiten fertiggestellt. Personalräume sowie ein Besprechungsraum wurden eingerichtet. Auch eine neue Kinderbibliothek konnte realisiert werden. Der Haupteingang wurde an die Verbindung zwischen Bestands- und Anbau, nun barrierefrei, verlegt. Zudem wurden eine neue Gastronomie-Küche sowie ein Bistro für die Kinder neu installiert. Daneben erfolgte eine umfassende energetische Sanierung.

Die beschriebenen Investitionen allein in die Kindergärten belaufen sich auf ein Volumen von 3,83 Mio. Euro.

Mit diesen Investitionen in die Zukunft bieten wir unseren Bürgern sehr wohnortnah moderne Plätze für den Kleinkindbereich und für die Kinder über 3 Jahre an.

Die Anforderungen an ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot haben sich in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Als familienbewusste Kommune arbeiten wir aber auch weiter daran, unsere Angebote allen Anforderungen gerecht weiter auszubauen

Auch im Bereich Kinderbetreuung sind Serviceorientierung und Bürgerfreundlichkeit zentrale Aspekte – und damit komme ich zurück auf die Überschrift meiner Rede „Suchet der Stadt Bestes“ – und damit Bestes für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört, dass Eltern bereits im Frühjahr 2018 die Möglichkeit erhalten, ihre Anmeldedaten für Kindergarten und verlässliche Grundschule online von zu Hause zu übermitteln. Über dieses Portal werden die Daten direkt an die Verwaltung geschickt und der Anmeldevorgang dadurch wesentlich benutzerfreundlicher.

Einen weiteren Online-Service führen wir bei der Stadtbibliothek Blankenloch ein: Ebenfalls im Frühjahr 2018 planen wir die Einführung der eMedien.

In den vergangenen Jahren erfolgte bereits die Umstellung auf die elektronische Ausleihe sowie die Einführung des Online-Katalogs. So wurde den Lesern der Einblick in den Medienbestand sowie die Verwaltung des Leserkontos ermöglicht.

Mit dem Verbundeintritt zum „Onleihe-Verbund Bibliotheken Mittlerer Oberrhein“ werden in Zukunft eBooks, eAudio, ePaper und weitere Angebote zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren,

seit vielen Jahren ist unser Rathaus - neben dem Dienstsitz der Verwaltung - auch ein beliebter Ort für Ausstellungen, Vorträge und Sitzungen, neben den kommunalen Gremien, von Agenda-Gruppen und sonst ehrenamtlich Tätigen. Nach notwendigen baulichen Sanierungen in den letzten Jahren wurde aktuell der Eingang barrierefrei gestaltet und so der Zugang wesentlich verbessert.

Für die kommenden Jahre - und dafür sind 2018 erste Haushaltsmittel veranschlagt - wird die digitale Welt noch verstärkter Einzug halten. Mit Baden-WLAN haben wir bereits einen öffentlichen Zugang realisiert und mit der Installierung eines Bürgerterminals planen wir einen ersten Schritt zur Onlinebearbeitung von Behördengängen.

Weitere Themen sind die digitale Aktenführung, die Onlinevergabe von Terminen und die verstärkte Nutzung der landesweiten Angebote über Service-BW.

Ich bin meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankbar, dass wir bisher einen sehr hohen Stand an Bürgerzufriedenheit erreicht haben. Daran arbeiten wir seit Jahren. Dieses positive Bild unserer Verwaltung möchten wir auch im digitalen Zeitalter erhalten und verbessern.

In den letzten beiden Jahren haben wir in verschiedenen Bereichen, den gestiegenen Anforderungen und Aufgaben entsprechend, auch mehr Personal eingestellt. Ich erinnere hier an die Integrations- und Flüchtlingsarbeit, an die Stadtplanung und insbesondere auch an den großen Bereich der Kinderbetreuung. Hier haben wir durch die Schaffung weiterer Gruppen in Kindergärten ebenso zusätzliches Personal benötigt wie durch die Ausweitung unserer Betreuungsangebote an den Schulen. Für 2018 sehen wir keine wesentlichen Stellenmehrungen vor. Es gilt vielmehr – wegen der Haushaltssituation – Konsolidierungsmaßnahmen anzugehen. Bereits hier, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, bedarf jede Aufgabenüberprüfung auch die Festlegung vertretbarer und vor allem finanzierbarer Standards.

Meine Damen und Herren,  
wenn unsere Kinder größer werden, folgt mit der Schulzeit ein ebenfalls wichtiger Lebensabschnitt.

Die Stadt hat als verantwortlicher Schulträger in einem kontinuierlichen Prozess über die letzten Jahre die vorhandenen Schulgebäude saniert, energetisch modernisiert und brandschutztechnisch verbessert. Teilweise wurden die Schulen neu ausgestattet und auch neuen Unterrichtsmethoden und den Anforderung an modernes Lernen Raum gegeben. Die finanziellen Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt wurden, liegen weit im zweistelligen Millionenbereich.

Die politische Neuausrichtung des Schulwesens im Land hat zur Folge, dass es mit dem kommenden Schuljahr keine Werkrealschule in Stutensee mehr geben wird. Die Richard-Hecht-Schule wird dann eine reine Grundschule sein. Am Beispiel der Friedrich-Magnus-Schule kann verdeutlicht werden, dass diese Entwicklung aber auch Chancen eröffnet. So wurde bereits im zurückliegenden Haushaltsjahr die kommunale Ganztagsbetreuung in der Schule Friedrichstal erweitert und unter anderem eine Mensa mit einer neuen Ausgabeküche geschaffen.

Ein weiterer Raum wird sowohl von der Schule als auch von der verlässlichen Grundschule mit Ganztagsbetreuung multifunktional genutzt. Für die Schule Spöck ist ein vergleichbares Konzept angedacht.

Daneben wurde die Sanierung der Heizzentrale Schulzentrum in diesem Jahr abgeschlossen. Infolge der bereits durchgeführten energetischen Ertüchtigung des Schulzentrums, vor allem durch die Dämmung des Flachdaches, sind die vorhandenen Wärmeerzeuger in der Lage, sowohl alle angeschlossenen Bestandsgebäude als auch zusätzlich den Neubau des Stutensee-Bades mit Wärmeenergie zu versorgen. Die damit gesicherte und leistungsfähige Bereitstellung von Wärmeenergie für das neue Stutensee-Bad ist ein echter Mehrwert des neu geschaffenen Systems.

Für die kommenden Jahre wird ein Investitionsschwerpunkt an den Schulen auf dem Brandschutz liegen. Des Weiteren sind die Digitalisierung und der bewegungsaktive Schulhof Investitionsschwerpunkte.

Die Richtlinien des Landes liefern hierzu Vorgaben, die nun in einen gemeinsam mit den Schulen erarbeiteten Medien-Entwicklungsplan münden.

Bisher wurden alle Fachräume an das EDV-Netz angeschlossen und mit moderner Video-Beamer-Technik ausgestattet. In weiteren Ausbausritten ist dieser Standard in den restlichen Klassenzimmern zu realisieren.

Nochmal zum Brandschutz

Die Bedeutung des vorbeugenden Brandschutzes hat als gesetzliche Pflichtaufgabe hohe Priorität in unserem Handeln.

Städtische Gebäude insgesamt – und gerade unsere Schulen – müssen brandschutztechnisch weiter aufgerüstet werden, auf Grundlage der regelmäßig durchzuführenden Brandverhütungsschauen.

Oberste Handlungsmaxime ist dabei der Schutz von Menschenleben.

Auf dieser Grundlage wurden die planerischen Grundlagen geschaffen, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die hier durchzuführenden Maßnahmen bedeuten ein geschätztes Investitionsvolumen in Höhe von ca. 2,4 Mio. Euro, eine zusätzliche Belastung unseres Haushaltes darstellen.

Neben erheblichem personellem Einsatz bedeutet dies einen enormen finanziellen Aufwand. Wie schon gesagt: Die höheren Anforderungen an den Brandschutz bedeuten neu hinzukommende Aufgaben für die Kommunen – und somit neu hinzukommende Ausgaben. Aber: Wir investieren in die Sicherheit der Menschen und insbesondere vieler Kinder.

Auch in den abwehrenden Brandschutz haben wir investiert. Mit dem Gerätewagen Logistik 2 konnten wir den Angehörigen unserer Feuerwehr ein schlagkräftiges Werkzeug an die Hand geben und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung.

Wir werden dem Sicherheitsbedürfnis unserer Mitbürger, aber auch dem unserer Feuerwehrleute, weiter gerecht. Mit der stetigen Modernisierung der Ausrüstung wird ein wichtiger Baustein in der Infrastruktur unserer Stadt geschaffen.

Die ursprünglich in 2018 vorgesehene Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges kann in Absprache mit der Feuerwehrführung um ein Jahr verschoben werden. Dieses Vorgehen kommt dem Haushalt zugute und zeigt, dass unsere Feuerwehr verantwortungsvoll mit den finanziellen Ressourcen der Stadt umgeht.

Die wichtige Arbeit unserer Feuerwehrangehörigen, die erheblich zur Sicherheit hier in Stutensee beiträgt, kann aber nur mit den richtigen Rahmenbedingungen und insbesondere mit einer guten Ausstattung funktionieren, was wir trotz angespannter Haushaltslage nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Damit komme ich zum Neubau des Stutensee Bades, einer weiteren wichtigen Einrichtung – für alle Generationen, vor allem für unsere Kinder!

Man kann heute schon gut erkennen, dass sich unser größtes Bauprojekt der vergangenen Jahre gelungen in die Umgebung unseres Schulzentrums bzw. der 2 Sporthallen einfügt. Wir liegen sowohl zeitlich als auch kostenmäßig voll in der vom Gemeinderat beschlossenen Planung bzw. dem hierzu bewilligten Budget. Zusätzlich werden die Nachhaltigkeitskriterien des Landes erfüllt, wie wir unter TOP 2 gehört haben.

Hier möchte ich auch auf die Sanierung der Sporthalle Spöck eingehen. In die Erneuerung wurden seit 2015 ca. 675.000 Euro investiert.

Weitere Maßnahmen wie die Erneuerung der Heizflächen, der Lüftung sowie der Beleuchtung mit einem Investitionsvolumen von ca. 580.000 Euro sind jetzt vorgesehen.

Meine Damen und Herren,  
meine Ausführungen zur Wirtschaftsförderung würde ich aus Zeitgründen kürzen und ich möchte nur kurz zum Einzelhandel sagen, dass sich die gute Entwicklung fortsetzt: Neben den bereits im Stutensee-Center ansässigen Unternehmen dm und Aldi wird in zwei Tagen REWE dort eröffnen. Damit und mit dem Neubau Lidl wird den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes und sehr ansprechendes Nahversorgungsangebot zur Verfügung stehen. Damit können wir die Versorgungssicherheit hier langfristig sicherstellen.

Nun zur Stadtplanung.

Aufgabe der Stadt ist, allen Bürgerinnen und Bürger Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Um hier Chancen für alle zu eröffnen, ist auch die Siedlungsentwicklung wichtiges Thema für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Stets steigende Preise und eine konstant hohe Nachfrage unterstreichen den Diskussions- und Handlungsbedarf zu diesem Thema. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung, die unter Einbeziehung der unterschiedlichsten Interessen erfolgt. Auch hier nochmals: „Suchet der Stadt Bestes.“ Die Stadt - das sind wir alle.

Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Stutensee hat uns in diesem Jahr intensiver denn je beschäftigt. So ist auch der sehr große Bedarf im wohnbaulichen Bereich in den kommenden Jahren zu decken. Dies ist in der Wohnraumallianz des Landes gerade in Bereichen direkt an Großstädten mit einem guten ÖPNV auch so vorgesehen.

Konkret wurde für das "Neise-Gelände" in Blankenloch bereits 2016 die Entwicklung eines Wohnquartiers mit Miet- und Eigentumswohnungen und bezahlbarem Wohnraum für alle Altersgruppen beschlossen.

Um diese Entwicklungsziele zu erreichen, wird derzeit ein Investorenwettbewerb durchgeführt, dessen Siegerentwurf Ende 2017 **feststehen soll**. Mit der Entwicklung dieses Gebietes ergreifen wir die Möglichkeit, innerorts Wohnraum zu schaffen.

Ein weiteres Projekt der Innenentwicklung – auch hier Stichwort „innerörtliche Verdichtung“ – wird auf dem "Lehmann-Areal" realisiert. Die Überplanung dieser Brachfläche im Ort

ermöglicht die Realisierung von Reihenhauszeilen sowie von Wohnungen im Geschosswohnungsbau. Der Baubeginn soll Mitte 2018 erfolgen.

**Auch an anderen Innenentwicklungsprojekten erleben wir unterschiedliche Interessenslagen. Hier einen guten Ausgleich für alle Beteiligten zu finden führt bei innerörtlicher Verdichtung meist zu großen Herausforderungen.**

Der immense Bedarf an einer angemessenen Außenentwicklung in allen Stadtteilen fordert uns ebenfalls sehr.

In diesem Jahr konnten wir den dritten Unterabschnitt des Gebiets „Wohnen mit der Sonne“ in Friedrichstal einleiten. Auf 2,5 Hektar wird hier neuer Wohnraum entstehen. Die Erschließungsarbeiten sollen bereits im Mai '18 abgeschlossen werden.

Auch in Spöck wird das Gebiet „Vierundzwanzigmorgenäcker“ voran gebracht. Der Bebauungsplan sieht verschiedene Wohn- und Bauformen vor. Ein flexibles städtebauliches Konzept ermöglicht ein differenziertes, nutzerorientiertes Angebot von Wohnformen. So ist ein Großteil mehrgeschossiger Mehrfamilienhäuser vorgesehen. Zum Teil können daneben noch Einfamilien- und Doppelhäuser realisiert werden. Geplant ist ein gerade für Familien und Senioren attraktives Wohnquartier mit guter ÖPNV-Anbindung. Die frühzeitige Beteiligung wurde durchgeführt.

Neben den genannten Gebieten ist auch im Gebiet „Unterfeld“ Staffort die Schaffung von Planungsrecht auf einer Teilfläche vorgesehen. Die Verfahrenseinleitung ist für das kommende Jahr vorgesehen.

Unsere Aufgabe ist die Bereitstellung von Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten. Der einstimmige Beschluss zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gibt uns (ergänzt durch Verbesserungen bei der Barrierefreiheit) die Richtung vor.

Ein wichtiges Thema ist und bleibt die Ortskernsanierung „Blankenloch II“. **Es konnten bereits verschiedene Sanierungsmaßnahmen an privaten und öffentlichen Gebäuden durchgeführt werden.** Zusätzlich wurde unser Aufstockungsantrag auf 900.000 Euro an Fördermitteln positiv beschieden.

#### Straßen/Gehwege/Übergeordnete Straßen

Im Jahr 2012 haben wir ein umfassendes Straßensanierungsprogramm in allen Stadtteilen in die Wege geleitet. Ziel war die Sanierung aller erfassten verkehrssicherungsrelevanten Schäden an Straßen und Gehwegen. In diesem Jahr konnten wir das Programm mit der Umsetzung des letzten Sanierungsabschnittes erfolgreich zu Ende führen. Insgesamt wurden zwischen 2012 und 2017 Investitionen für Straßen und Gehwege, verbunden mit Wasser / Abwasser für über 15 Mio. Euro getätigt.

Ein weiteres ganzheitliches Sanierungsprojekt ist in '18 der Vollausbau des Blankenlocher „Blumenquartiers“. Neben der Instandsetzung von Straßen und Gehwegen wird auch die Wasserversorgung erneuert. Die Kosten dafür belaufen sich auf knapp 950.000 EUR. Die

Fertigstellung des ersten Bauabschnittes ist noch in diesem Dezember vorgesehen. Ab März 2018 folgen die Arbeiten des zweiten Abschnittes.

Hier ist auch das Sanierungsprogramm zur Straßenbeleuchtung zu nennen. Die 2014 begonnene Modernisierung der städtischen Straßenbeleuchtung wird konsequent weiter betrieben. Durch die Umstellung auf energiesparende LED-Technologie konnte der jährliche Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung um circa die Hälfte reduziert werden. Im Jahr 2018 soll die Modernisierung mit 150 weiteren Leuchten vorangebracht werden.

Nun zum Energiemanagement

Hauptansatz des – mittlerweile seit zehn Jahren sehr erfolgreich praktizierten – kommunalen Energiemanagements unserer Stadt ist die Nutzungsoptimierung der vorhandenen technischen Einrichtungen mit deutlichen Energie-, Emissions- und Kostenersparnissen. Ohne die kontinuierliche Senkung der spezifischen Heizenergieverbräuche seit 2006 durch Einsparbemühungen und Sanierungsmaßnahmen läge der bereinigte Wärmeverbrauch der kommunalen Gebäude in 2016 2.500 Megawattstunden höher. Dies entspricht eingesparten Heizkosten von rund 143 tsd. Euro. Hinzu kommen eingesparte Stromkosten von rund 26.000 Euro allein 2016.

Damit summieren sich die Einsparungen für Strom und Heizenergie seit Einführung des Energiemanagements auf über 1,7 Millionen Euro.

Das Energiemanagement hat die angesprochene Neuordnung der Wärmeversorgung im Schulzentrum begleitet und die Neuordnung der Stromversorgung in diesem Areal angeregt. Allein durch diese Maßnahme werden zukünftig mindestens 160.000 Kilowattstunden eigenerzeugter Strom zusätzlich selbst genutzt. Das bedeutet, dass Strom für 30- bis 40.000 Euro jährlich nicht eingekauft werden muss.

Auf weitere Ausführungen zum Energiemanagement möchte ich aus Zeitgründen verzichten und auf das Amtsblatt verweisen, wo ausführlich darüber berichtet wird.

Damit komme ich zum Bereich Wasser/Abwasser:

Die Wassergebühr kann nunmehr im achten Jahr in Folge bei 91 Cent je Kubikmeter beibehalten werden. Damit liegen wir deutlich unter den 2017er Durchschnittsätzen des Landkreises mit 1,66 Euro je Kubikmeter und des Landes mit 1,98 Euro je Kubikmeter.

Die Sätze der Abwassergebühr haben sich in den letzten Jahren in Stutensee positiv entwickelt. Zuletzt konnte die Schmutzwassergebühr dreimal hintereinander gesenkt werden. Für den Zeitraum 2016 bis '17 beträgt die Schmutzwassergebühr 1,98 Euro je Kubikmeter. Im Jahr 2015 belief sie sich noch auf 2,16 Euro. Die Niederschlagswassergebühr sank von 43 Cent je Quadratmeter im Jahr 2015 auf 38 Cent für die Jahre 2016 und 2017.

Wegen dem weiteren positiven Senkungspotenzial verweise ich auf die Punkte 6 und 7 der heutigen Sitzung.

Nun zu den Hebesätzen. Die durchschnittlichen Hebesätze der kreisangehörigen Gemeinden des Landes Baden-Württemberg in der Einwohnergrößenklasse 20 bis 50 Tausend betragen

laut Statistischem Landesamt im Jahr 2016 für die Grundsteuer B 381 v.H. und für die Gewerbesteuer 364 v.H.

Das heißt, mit jeweils 340 v.H. liegen wir recht vernünftig.

Für das Haushaltsjahr 2018 könnten die Hebesätze in der bisherigen Höhe (also jeweils 340 v.H.) beibehalten werden. Wir schlagen vor, im Laufe des Jahres '18 die weitere Entwicklung zu analysieren, um die Höhe der Hebesätze festlegen zu können.

### Senioren

Meine Damen und Herren,

ich komme nun zu unserer Seniorenarbeit, die nicht nur angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger wird. Das Wohlergehen aller liegt uns sehr am Herzen und wir haben deshalb – neben den bereits geschilderten Maßnahmen für Kinder und Familien – auch unsere Seniorenarbeit weiter voran gebracht.

Es ist für uns selbstverständlich, dass gerade auch ältere Menschen in unserer Stadt mit gleichen Chancen am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen sowie politischen Leben teilhaben können. Dazu gehört auch, es älteren Menschen zu ermöglichen, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld wohnen zu bleiben. Für ein attraktives und erfülltes Leben in Stutensee schaffen wir gemeinsam mit weiteren Akteuren die Rahmenbedingungen.

So treffen wir uns regelmäßig mit zahlreichen Akteuren, die für und mit Senioren zusammen arbeiten, zum Runden Tisch Senioren. Dieser Arbeitskreis setzt wichtige Impulse und wird fortgeführt.

Das gilt auch für unsere Zusammenarbeit mit der Lokalen Allianz für Menschen mit Demenz sowie für unsere Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt des Landkreises Karlsruhe. Wie Sie wissen, soll der nächste Pflegestützpunkt in Stutensee eingerichtet werden.

Hinweisen möchte ich auf die in diesem Jahr gemeinsam mit der Evangelischen Stadtmission durchgeführte Quartiersanalyse. Ziel des Projekts ist die Bestandsaufnahme und Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen.

Hierfür konnten wir im Rahmen einer Quartiersbegehung mit interessierten Bürgern in Blankenloch und Büchig viele wertvolle Erkenntnisse gewinnen.

Daneben war insbesondere das World Café zum Thema „Aktiv älter werden in Blankenloch und Büchig“ essentieller Bestandteil des Projekts. Zahlreiche Ergebnisse wurden durch diese gelungene Bürgerbeteiligung direkt durch engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger erarbeitet.

Diese Ergebnisse dienen uns zukünftig als Richtschnur, um das Leben im Alter mit einer hohen Teilhabe und Lebensqualität zu gestalten. Hier fielen oft die Stichworte barrierefreies Wohnen und Barrierefreiheit an Straßen und beim ÖPNV, was natürlich auch millionenschwere Ausgaben bedeutet.

In diesen Tagen erwarten wir den Abschlussbericht der Quartiersanalyse. Mittelfristig ist das Ziel, gemeinsam mit der Evangelischen Stadtmission Karlsruhe einen Quartiersmanager einsetzen zu können.

Ansprechen möchte ich hier auch den fortgeschrittenen Ausbau am Seniorenzentrum Blankenloch und die vorgesehene Erweiterung des Seniorenzentrums Friedrichstal. Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung der örtlichen Versorgung.

Damit könnte ich zum Thema Flüchtlingsunterbringung kommen, schlage aber vor, in der nächsten öffentlichen AVS-Sitzung eigens zu berichten. Wir können aber heute sagen: Die Stadt hat die ihr als Pflichtaufgabe zugewiesene Anschlussunterbringung für Flüchtlinge auch 2017 vollständig erfüllt. In diesem Jahr wurden 122 Personen untergebracht.

Auch im nächsten Jahr werden die vom Land geförderten Stellen der Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten mit allen Akteuren in und außerhalb der Stadtverwaltung für eine gelingende Integration wirken.

Von großer Wirkung zeigt sich auch weiterhin das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe in Stutensee. Hier möchten wir immer wieder unsere große Anerkennung und unseren Dank aussprechen.

Nun zum Bereich Umwelt- und Naturschutz:

2017 konnten wir für den Außenbereich Nord das Pflege- und Entwicklungskonzept umsetzen.

Nachdem die letzten Pflanzmaßnahmen auf städtischen Biotopvernetzungsflächen Ende letzten Jahres abgeschlossen wurden, ist nun eine artgerechte Pflege aller neu geschaffenen Flächen zum Wohle der Artenvielfalt für uns von besonderer Bedeutung.

Die Stadt Stutensee verfügt mittlerweile über die beachtliche Fläche von ca. 14 ha an Flächen mit hoher Biodiversität auf den Gemarkungen von Friedrichstal, Spöck und Staffort. Hinzu kommen dort noch einmal ca. 6 ha „Altbestände“, d.h. Flächen, die bereits vor der Flurneuordnung als Biotopflächen im Bestand waren.

Das jetzt ausgearbeitete Pflege- und Entwicklungskonzept wird bei all diesen verschiedenen angelegten Flächen zur Anwendung kommen, um die Bestände langfristig zu sichern und deren ökologischen Wert weiter zu steigern.

Das Konzept zielt darauf ab, für eine möglichst große Anzahl an Arten optimale Lebensraumbedingungen zu schaffen.

Besonderen Wert legt das Konzept auf eine regelmäßige Bestandskontrolle und fachgerechte Pflegemaßnahmen.

Ebenso sind in der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, bedingt durch niederschlagsarme Sommermonate, bedarfsgerechte Wassergaben unerlässlich. Hiermit war in diesem Jahr im Bereich Stutensee-Nord bei ca. 2.500 verschiedenen Sträuchern und Bäumen ein sehr hoher Erhaltungsaufwand erforderlich.

Erwähnenswert sind auch die neu angelegten Eidechsenbehausungen. Mittlerweile können wir bereits, nach wenigen Monaten, eine wachsende Eidechsenpopulation dort feststellen.



Des Weiteren wurde auch die Biotopfläche an der Westseite des Stafforter Baggersees umgestaltet, um die Artenvielfalt zu steigern.

Eine weitere wichtige Maßnahme, die 2017 angestoßen wurde, ist das Projekt „Natur nah dran“. Im Zuge dieses Projekts wurden im Juli 2017 die Grünfläche am Tolna-Platz sowie vier weitere Standorte im Stadtgebiet neu bepflanzt. Die Stadt Stutensee erhöht mit dem Projekt die Biodiversität, wertet ihre Grünflächen auf und trägt so insgesamt zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung bei.

Daneben wird das Projekt „Natur nah dran“ fortgesetzt. Dabei werden weitere innerstädtische Grünflächen auf Grundlage der Projekterfahrungen ökologisch umgestaltet.

Mit allen genannten Vorhaben und Maßnahmen befindet sich Stutensee auf einem erfolgreichen Weg in Sachen Ökologie und Artenschutz.

Für 2018 ist die Vervollständigung des Baumkatasters vorgesehen. Damit wird die Qualität des Baumbestandes gesichert und gezielte Grundlagen für Neupflanzungen geschaffen.

Schließlich sind Planungsmittel zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes „Hochwassermanagement“ vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
unser Stutensee ist eine dynamische, attraktive und lebenswerte Stadt mit Charme, die über viele Möglichkeiten verfügt, sich sozial, kulturell sowie sportlich aktiv zu betätigen.

Dies ist aber nicht selbstverständlich. Hinter dem großen Angebot stehen viele ehrenamtlich tätige Bürger, die hier wichtige Funktionen übernehmen, ohne die unser Gemeinwesen nicht in dieser Güte funktionieren würde. Denn sie investieren viel Zeit und Mühe für andere. Deshalb spielen unsere Ehrenamtlichen eine tragende Rolle und sind unabdingbar für unsere Gesellschaft.

Dazu zählen neben der Feuerwehr und den Rettungsorganisationen unsere Kirchen, Vereine und weitere Organisationen, wie z. B. Volkshochschule, Mehrgenerationenhaus, Musikschule, Familienzentrum und viele mehr.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen, die sich zum Wohle unserer Stadt einsetzen; bei allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Behörden, Schulen, Vereinen, Verbänden, Presse und weiteren Institutionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, in den Ortschaftsräten und in der Verwaltung, mein besonderer Dank gilt Ihnen für die gute Zusammenarbeit und all denen, die diesen Haushalt unter besonders schweren Umständen aufgestellt haben.

In einer von gegenseitigem Verständnis geprägten Gemeinschaft werden wir die bestehenden und neuen Herausforderungen meistern.

Suchen wir im Miteinander der Stadt Bestes.

Vielen Dank!



## Erklärung der CDU/FDP-Fraktion zum Haushalt 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Demal,  
Frau Bürgermeisterin Tröger,  
Herr Bürgermeister Geißler,  
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Haushaltsberatungen und Haushaltsreden sind ein alljährliches Ritual in unserem Sitzungskalender. Doch ist in diesem Jahr einiges anders als sonst. Der Haushaltsplanentwurf für 2018 ist geprägt von einem Pflichtprogramm und er lässt uns kaum einen Spielraum, um unsere kommunalen Ideen zu realisieren.

Warum ist das so?

Zum einen wirft die gesetzlich vorgeschriebene Umstellung des Rechnungswesens auf die sog. „Doppik“ ihren Schatten voraus. Im neuen kommunalen Haushaltsrecht werden Einnahmen und Ausgaben anders betrachtet. Letztlich werden die Kommunen noch weniger verfügbare Finanzmittel haben – das werden wir auch in Stutensee spüren!

Zum anderen fehlen viele Millionen Euro im Haushalt durch die Unsicherheit, ob in einer Teilfläche des Lachwalds gebaut werden darf oder nicht. Das spüren wir im Jahr 2018 zwar nicht direkt, da diese Gelder für dieses Jahr noch nicht eingeplant waren – aber in der mittelfristigen Finanzplanung mussten wir zahlreiche Investitionen heraus nehmen, die wir vor einem Jahr noch im Plan hatten.

- der dringend benötigte Neubau der Mehrzweckhalle in Staffort → unsicher
- der dringend benötigte Neubau eines Kindergartens in Blankenloch oder Büchig → unsicher
- die wichtigen Erneuerungen naturwissenschaftlicher Einrichtungen am Schulzentrum → unsicher
- weitere Sanierungen der Sporthallen → unsicher
- Straßensanierungen in allen Stadtteilen → unsicher

Dieser Auszug aus der mittelfristigen Bedarfsliste ließe sich beliebig fortsetzen. Und wir kennen heute schon erforderliche Maßnahmen, die auf dieser Bedarfsliste noch gar nicht aufgenommen sind, wie z.B. Investitionen in neue und vorhandene Gebäude der Feuerwehr sowie in deren Ausstattung. Oder ganz aktuell: Die Unterführung in der Eichendorffstraße → seit letzter Woche wissen wir, dass hier mindestens 1 Mio.€ benötigt wird für eine Sanierung.

Die eingangs erwähnte Unsicherheit, ob wir in einer Teilfläche des Lachwalds Wohnbau ermöglichen können oder nicht, überträgt sich aber auch auf unser zentrales Ziel, welches der Gemeinderat im vergangenen Jahr einstimmig beschlossen hat: Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen!

Der Wohnraum an sich ist knapp – und wenn man sich den verfügbaren Mietwohnraum in Stutensee anschaut, dann gibt es kaum noch etwas im Angebot – von bezahlbarem Wohnraum kann dabei gar keine Rede mehr sein. Der 3. Bauunterabschnitt „Wohnen mit der Sonne“ kommt jetzt und „24-Morgenäcker“ ist den Startlöchern und „Unterfeld II“ am Horizont erkennbar. Aber diese Quartiere reichen nicht, um den Bedarf zu decken.

Die Prognosen sagen uns, dass wir im Landkreis Karlsruhe bis 2030 ungefähr 18.000 zusätzliche Einwohner bekommen werden. Diese 18.000 zusätzlichen Einwohner müssen irgendwo wohnen. Auf der Strecke bleiben dann die Gering- und Mittelverdiener, von denen sich heute viele selbst noch nicht darüber im Klaren sind, dass sie in 5-10 Jahren selbst von der Wohnungsnot betroffen sein könnten.

Wir müssen also handeln – auf dem Wohnungsmarkt im Allgemeinen und beim bezahlbaren Wohnraum insbesondere. Nun sind die Preise für Bauland in Stutensee recht hochpreisig – und da auch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft kostendeckend arbeiten muss, sind die Kosten für das Grundstück auf dem die Wohnung steht in den Mietpreis hinein zu kalkulieren. Daher lässt sich bezahlbarer Mietwohnraum nur dort kalkulieren, wo die Stadt für das Grundstück nichts bezahlen muss – und das ist im Lachwald der Fall. Auch wenn die Grünen nicht müde werden zu behaupten, dass man den gesamten Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auch in den nördlichen Stadtteilen abbilden kann: Uns erklärt wie das gehen soll, haben die Grünen trotz mehrfacher Nachfragen bis heute nicht! Solche Behauptungen sind populistisch und kommen bei den Bürgerinitiativen gut an – aber mit Behauptungen alleine baut sich kein Quadratmeter bezahlbarer Wohnraum. Daher rufe ich die Grünen auf – folgen Sie der Grünen-Landtagsfraktion, folgen Sie den grünen Oberbürgermeistern in Baden-Württemberg und kehren Sie um von Ihrem Weg in eine soziale Katastrophe. Die Grünen im Land haben festgestellt, dass der Menschenschutz bei der Wohnungsnot einen höheren Stellenwert haben muss als alles andere. Wann wachen Sie in Stutensee endlich auf?

Wir hören in diesen Tagen oft Sätze wie „Der Wald gehört den Bürgern!“ – man darf dabei aber nicht vergessen, den Bürgern gehören auch die Schulen, Kindergärten, Bäder, Straßen, Infrastruktur, Feuerwehren und vieles mehr – und all das kostet Geld!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir danken der Stadtverwaltung und hier insbesondere Herrn Hambrecht und seinem Team dafür, dass für 2018 aller widrigen Umstände zum Trotz ein vernünftiger Entwurf erstellt worden ist. Für die Folgejahre wird das schwerer werden auf Grund der Einführung der Doppik und je nachdem wie die Entscheidung am 18. Februar ausgeht. Das wird entsprechende Gegenmaßnahmen erfordern im Vermögenshaushalt, aber evtl. auch Mehrbelastungen für die Bürger und das Gewerbe mit sich bringen – wobei wir immer dafür Sorge tragen werden, dass das in einem vertretbaren Rahmen abläuft.

Bei den Schulen und Kindergärten sind wir grundsätzlich gut aufgestellt. In den vergangenen Jahren fanden stetige Erweiterungen, Umbauten und Sanierungen statt. Im Haushalt 2018 sind Mittel für kleinere Investitionen in allen städtischen Einrichtungen aufgenommen. Darüber hinaus sind größere Investitionen für Brandschutzmaßnahmen vorgesehen, die uns der Gesetzgeber auferlegt hat. Bei denen haben wir gar keinen Spielraum. Ein Kritikpunkt, der häufig von Eltern an uns herangetragen wird, sind die nahezu jährlich steigenden Kindergartengebühren. An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wir nur 20% der insgesamt anfallenden Kosten in Form von Gebühren an die Eltern weitergeben. 80% der Gesamtkosten übernehmen wir – zum Teil mit Zuschüssen von Land. Uns ist bewusst, dass es in Rheinland-Pfalz keine Kindergartengebühren gibt. Dort ist der Kindergarten kostenlos. Dort übernimmt das Land die Deckungslücke. Nun muss man wissen, dass Rheinland-Pfalz zu den armen Bundesländern gehört. Somit dieses Bundesland am Tropf des Länderfinanzausgleichs, aber es leistet sich Geschenke an seine Bürger, die letztlich die Länder bezahlen, in denen ordentlich gewirtschaftet wird. Wir in Baden-Württemberg bezahlen diese Geschenke also mit. Das ist ein Irrsinn, den es zu stoppen gilt. Hier sind alle Parteien in Stutensee angehalten auf ihre Abgeordneten zuzugehen. Diese müssen aufgefordert werden sich in Land und Bund für eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs stark zu machen.

Mit dem Neubau des Hallenbades in Blankenloch können wir in diesem Jahr eine Großinvestition abschließen, die für den Schul- und Vereinssport aber auch für das öffentliche Baden eine attraktive Aufwertung bedeutet. An dieser Stelle sei nochmal erwähnt, dass der Bau des Bades über Ersparnisse und den Verkauf des alten Grundstücks seriös finanziert ist.

Wir leben glücklicherweise in einer wirtschaftlich starken Region. Es gibt attraktive Arbeitsplätze und es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Hiervon profitieren die Berufstätigen auch in Stutensee. Da die Rahmenbedingungen auch für das Gewerbe grundsätzlich sehr gut sind, erfährt die Technologieregion einen enormen Zuwachs. Bei den Gewerbetreibenden ist Stutensee sehr gefragt, was uns die Wirtschaftsförderung aber auch Gespräche mit Unternehmern immer wieder bestätigt haben. Unsere Fraktion erkennt daher nach wie vor die Notwendigkeit, das Gewerbegebiet westlich der Bahn in Blankenloch abschnittsweise zu erschließen. Wir haben uns im vergangenen Jahr allerdings bewusst gegen eine Kooperation mit der Stadt Karlsruhe entschieden – wir sind der Auffassung, dass wir behutsam mit der Fläche umgehen müssen. Außerdem wollen wir den alleinigen Einfluss darauf haben was sich dort entwickelt und wie schnell es sich entwickelt. Langfristig hat die Ausweisung von weiterer Gewerbefläche erhöhte Steuereinnahmen zur Folge, die für die Finanzierung künftiger Maßnahmen in Stutensee äußerst wichtig sind.

Die städtische Jugendarbeit hat sich in den letzten 20-30 Jahren grundlegend gewandelt. Was die Stadt ihren Jugendlichen heute bietet ist beispielhaft und manch einer von uns wäre früher froh gewesen über dieses Angebot. Die städtische Jugendarbeit alleine wäre aber nichts ohne die Unterstützung unserer Vereine, die bei der Jugendarbeit sehr viel Verantwortung übernehmen und die Stadt erheblich entlasten. Daher ist es selbstverständlich, dass auch die Stadt die Vereine im Gegenzug angemessen unterstützt. Neben finanziellen Zuschüssen denken wir dabei insbesondere auch an die Infrastruktur in Stutensee mit ihren Sporteinrichtungen und Veranstaltungshallen, auf die die Vereine rege

zurückgreifen. In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich nochmal auf die Notwendigkeit einer neuen Mehrzweckhalle in Staffort hinweisen.

Wir haben in Stutensee bereits Pflegeheime und betreutes Wohnen in privater Trägerschaft. Wir legen großen Wert auf heimatnahe Pflege und der Bedarf in diesem Bereich wächst. Wir unterstützen daher die Planungen der Träger hinsichtlich einer Ausweitung der Kapazität. Die Seniorenarbeit der Stadt darf sich jedoch nicht nur auf Pflegeheime beschränken. Die heutigen Senioren sind wesentlich vitaler und aktiver als früher. Diese Senioren leisten in Stutensee einen großartigen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander. Die Stadt muss diesen Wandel permanent mitgehen und sich auf die neuen Bedürfnisse der heutigen Senioren immer wieder neu einstellen: Angebote müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden und der Barrierefreiheit muss insgesamt noch mehr Bedeutung geschenkt werden.

Bei den Themen Umwelt und Naturschutz konnten wir in den letzten Jahren viel erreichen. Aber es gibt nach wie vor offene Baustellen: An einer nachhaltigen Konzeption für die Sicherung der Artenvielfalt muss weiterhin gearbeitet werden. Nur dann wird es möglich sein, dass wir auch verschwundenen Tiere wie z.B. das Rebhuhn wieder ansiedeln können.

Teil dieser Konzeption kann das ökologisch gestaltete Naherholungsgebiet nördlich des Lachwals sein, falls die Bürgerinnen und Bürger einer Teilbebauung des Waldes zustimmen. Dort könnte man – richtig angelegt – am Ende eine größere Vielfalt an Tieren und Pflanzen vorfinden, als sie der Lachwald heute zu bieten hat. Zusammen mit der gesetzlich geforderten Ersatzaufforstung muss z.B. auch eine direkte Verbindung zum Hardtwald geschaffen werden, die es so heute nicht gibt.

In Bezug auf die Renaturierung der Pfingst-Heglach fordern wir die Stadtverwaltung erneut auf in Verbindung mit den Fachbehörden zu treten, um eine Überprüfung der Notwendigkeit der Entschlammung zu erreichen. Auch die Kosten für die Entschlammung sollten ermittelt werden, damit über die Maßnahme bei den nächsten Haushaltsberatungen diskutiert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn man Kommunalpolitik mit Herzblut betreibt, dann hat man viele Ideen und Wünsche. Nicht alle Ideen sind realisierbar und nicht alle Wünsche sind bezahlbar. Es bleibt am Ende immer noch die ein oder andere Maßnahme, die man im Kopf hat und bei der man denkt „das muss doch jetzt noch drin sein“. Aber bei begrenzten Mitteln muss man auch Abstriche machen können. Alles in allem liegt uns der Entwurf eines guten Haushaltsplans vor, der seriös gerechnet ist und der die zentralen Bereiche abdeckt. Unserer Fraktion stimmt Plan und Satzung zu.

Abschließend möchte ich noch die Gelegenheit nutzen und den Feuerwehren sowie weiteren Hilfsorganisationen für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr danken. Wir wissen dieses Engagement sehr zu schätzen. Und unsere Ausgaben in diesem Bereich sind sehr gut angelegt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



## **Erklärung der FWV-Fraktion zum Haushalt 2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Demal,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Tröger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,  
sehr geehrte Herren Amtsleiter,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat  
und Ortschaftsräten,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor uns liegen noch 336 Tage des neuen Jahres und dafür brauchen wir einen Haushalt und einen Blick auf die mittelfristige Entwicklung. Die Beratungen zum Haushalt 2018 haben wir im Rahmen der Dezembersitzung des Gemeinderates als ein Novum öffentlich geführt. Es hat dazu beigetragen zu zeigen, welche Diskussionskultur wir in diesem Gremium haben, um -was viel wichtiger ist- öffentlich deutlich zu machen, vor welchen Herausforderungen und unter welchen Zwängen wir mit unserem kommunalen Haushalt stehen. Haushalt, das klingt nach Zahlen und nochmal Zahlen. Und bei einem flüchtigen Blick auf den gedruckten Haushaltsentwurf könnte man den Eindruck bekommen, es geht um endlose Zahlenreihen und es dreht sich alles nur ums Geld. Wer Haushalt so eindimensional betrachtet, der hat nicht verstanden, worum es beim Haushalt wirklich geht. Es geht darum, sicher zu stellen, dass wir das Tagesgeschäft abwickeln können, dass wir unsere Pflichtaufgaben erfüllen. Darüber hinaus – und darauf kommt es bei Haushaltsberatungen an – müssen wir Möglichkeiten schaffen, um die Zukunft zu gestalten. Zukunft für Stutensee und seine Bürger. Der EU Haushaltskommissar Günther Öttinger hat vor einigen Tagen bei der Vorstellung seiner Ideen zur mittelfristigen Finanzplanung der EU festgestellt, dass es in der Politik drei Instrumente gibt, um Zukunft zu gestalten: Kommunikation, Regeln und Geld. Ich denke dies gilt auch in der Kommunalpolitik. Kommunikation, Regeln und Geld; merken Sie sich diese drei Begriffe.

Als Kommune und große Kreisstadt, können wir nur innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen Politik und Haushaltspolitik machen. Erlauben Sie mir deshalb einen kurzen Blick auf die Gesamtsituation in Land und dann wende ich mich dem Haushalt zu.

Die Situation könnte besser kaum sein: Die deutsche Wirtschaft brummt, der DAX und auch der Dow Jones jagt von einem Rekord zum anderen. Die Zahl der Arbeitslosen ist mit knapp über 5% auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung, das Bruttoinlandsprodukt war noch nie höher. 2017 war das vierte Jahr in Folge mit einem Plus in den staatlichen Haushalten und mit einem sogenannten Staatsüberschuss von 38 Mrd. Euro. Aber wieder einmal sind die Kommunen von dieser Entwicklung abgekoppelt.

Der Landtag hat im Dezember den Doppelhaushalt 18/19 beschlossen. „Baden-Württemberg geht es heute so gut wie nie“, stellte der Ministerpräsident bei der Einbringung des Haushaltes fest und erstmals wird das Land Schulden tilgen. Wir müssen dazu allerdings feststellen, dass die Haushaltskonsolidierung des Landes gnadenlos auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird. Und da sind wir schon beim ersten von den vorhin genannten Stichwörtern: Kommunikation. Denn erstmals wurde ein Haushalt des Landes ohne eine

gemeinsame Empfehlung von Regierung und Kommunalen Landesverbänden zum Finanzausgleichgesetz (FAG) verabschiedet. Das hat zur Folge, dass die kommunalen Interessen in weiten Teilen unberücksichtigt bleiben – und das bei einem kommunalen Investitionsstau von 20 Mrd. € in Baden-Württemberg, wie der Gemeindetag festgestellt hat. Der kollektive Aufschrei der Bürgermeister, den wir alle der Presse entnehmen konnten, verhallte ungehört.

Lassen Sie mich nun etwas näher auf die Situation in unserer Stadt eingehen. In Stutensee haben wir in den vergangenen Jahren sparsam und gut gewirtschaftet und es dennoch geschafft ein ordentliches Investitionsprogramm zu stemmen. Unser Kämmerer, Herr Hambrecht, hat uns diese eindrucksvolle Bilanz bei der öffentlichen Haushaltsberatung im Dezember vorgestellt. Die Herausforderungen vor denen wir stehen kommen von ganz anderer Seite: Gesetze von Bund und Land, die den Kommunen Aufgaben übertragen, jedoch ohne sie dafür mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten. Damit wird das sogenannte Konnexitätsprinzip verletzt, also die Zusammengehörigkeit von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Und damit sind wir bei meinem zweiten Stichwort: Regeln. Bund und Land erlassen Gesetze, und wir müssen sehen, wie wir zu Recht kommen. Ausbau der Kleinkindbetreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, oder vorbeugender Brandschutz usw. Daneben müssen wir auch noch unsere ureigenen kommunalen Aufgaben erfüllen: vom Kindergartenbetrieb über die Schulausstattung bis zum Friedhofsunterhalt und von der Gehwegsanierung über den Straßenbau bis zum Erschließen neuer Wohngebiete, vom Naturschutz über die Familienzentren oder Vereinsförderung. Eine sehr breite Palette von Pflicht- und auch einigen Küraufgaben. Allesamt Aufgaben, die unserer Stadt und den Menschen hier zu Gute kommen. Allesamt Aufgaben für die das notwendige Budget zur Verfügung stehen muss. Und damit sind wir bei meinem dritten Stichwort: Geld.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021, sehen wir, dass die Zuführungsraten schrumpfen, die Rücklagen schmelzen und der Schuldenstand steigt. Wir müssen also sowohl bei den Einnahmen, wie bei den Ausgaben kritisch überprüfen, was nötig und was möglich ist. Dies sollten wir allerdings mit einer strategischen Perspektive tun und eine sehr umfassende, ganzheitliche Betrachtung dazu anstellen. Wir müssen eine klare Vorstellung erarbeiten, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Dazu sollten wir die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes mit einem Zeithorizont bis 2025 oder 2030 aktiv anpacken. Dies sollte unter Einbeziehung der Bürger geschehen. Die Perspektivwerkstatt „Stutensee Zukunft Wohnen“ kann dazu ein erster Baustein sein. Ähnliche Werkstätten zu anderen Themenbereichen können folgen. Unser Vorschlag also: strategische Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes mit einem Blick für das Machbare.

Mit Blick auf das neue kommunale Haushaltsrecht sollten wir im investiven Bereich vorsichtig agieren. Denn die Abschreibungen, die wir ab 2020 erwirtschaften müssen, sind bisher eine unbekannte Größe. Die Freien Wähler hatten bereits in der Haushaltsrede im vergangenen Jahr angeregt, über die Erhöhung von Steuern und Gebühren nachzudenken und die Verwaltung gebeten, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Denn was spricht gegen einen besseren Kostendeckungsgrad bei kommunalen Leistungen? Von den Kindergartenbeiträgen bis zu den Friedhofsgebühren müssen wir genau untersuchen, was perspektivisch nötig und was möglich ist. Mittlerweile scheint dieser Antrag, den wir hier und heute wiederholen, auf breitere Unterstützung zu stoßen.



Lassen Sie mich nun zum Haushalt 2018 kommen. Im Haushaltsplan für das begonnene Jahr wurde sehr viel Wichtiges und Notwendiges berücksichtigt. Allerdings, und das ist wichtig, konnten wir in diesem Jahr erstmals essentielle Aufgaben nicht unterbringen, sondern mussten diese in einer „Bedarfsliste“ parken. Neubau eines Kindergartens in Blankenloch oder Büchig, Neubau einer Mehrzweckhalle in Staffort, Straßensanierungen in allen Stadtteilen, Ausstattung der Schulen, Renovierung von Sporthallen – das sind alles keine Kleinigkeiten und das sind auch keine Luxusprojekte. Das alles sind Notwendigkeiten, die wir nicht einmal in der mittelfristigen Finanzplanung unterbringen konnten.

Unser Haushalt sieht ein Volumen von 87,6 Mio. Euro vor. Davon 68,6 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt und 19 Mio. Euro im Vermögenhaushalt. Unsere vorgesehenen Investitionen liegen somit in Höhe des letzten Jahres, die Kreditaufnahmen bei ca. 5,7 Mio. € und die Entnahme aus den Rücklagen bei 2,4 Mio. €. Bei den Investitionen müssen wir wie immer den Neubau des Schwimmbades mit einem Gesamtvolumen von 12 Mio. Euro zuerst nennen. 3,6 Mio. Euro sind in 18 für die Fertigstellung des Schwimmbades vorgesehen. Unsere Fraktion begrüßt es sehr, dass wir bei diesem Großprojekt bisher voll im Termin- und Kostenrahmen liegen. Die weiteren größeren Investitionen für: Schulen mit 1,9 Mio., für Straßen 1,4 Mio. €, für Kindergärten 460.000 €, für die vielen Sporthallen 418.000 € und den Bauhof inkl. dringend notwendiger Fahrzeuge in Höhe von 332.000 €.

Nach der Fertigstellung der Flüchtlingsunterkunft in Spöck sind für 2018 keine weiteren Investitionen von Seiten der Stadt vorgesehen. Nach derzeitigen Stand werden vorhandenen Unterkünfte den Bedarf für die Anschlussunterbringung auch in näherer Zukunft decken, denn es gibt derzeit nur noch wenige Asylsuchende. Der Familiennachzug kann auch mit Mithilfe der Landkreisunterkünfte (Kombimodell) in Stutensee in den nächsten Jahren gelöst werden. Beim Thema Flüchtlinge ist es immer wieder geboten, den vielen ehrenamtlichen Helfern hier in Stutensee unseren Dank auszusprechen, denn ohne ihr großes Engagement, ohne ihre Menschlichkeit kann Integration nicht gelingen.

Das Ehrenamt zu fördern, die Arbeit unserer Vereine zu unterstützen, das sportliche, soziale und kulturelle Leben zu stärken, ist wichtig für eine Kommune und hier müssen wir uns auch in finanziell schwierigen Zeiten kontinuierlich und verlässlich einbringen. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist das Begegnungszentrum in Spöck – und hier spreche ich aus meinem eigenen Erfahrungsbereich. Bei diesem Projekt werden durch ehrenamtliches Arbeiten der Spöcker Mitbürgerinnen und Mitbürger ca. 150.000 € eingespart. Nun stehen aber 50.000 € auf der Bedarfsliste für Einrichtungen wie Küche, Möbel und Technik. Diese 50.000 € sind nicht gesichert und die Spöcker fragen sich, inwieweit wir in diesem Jahr eine fertiges BZ haben und warum wir uns die vorher genannten Einrichtungen nicht mehr leisten können?

Zum Wohnen und Leben gehört auch Wohnraum und dazu gehört eine zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung. Der Siedlungsdruck in unserer Region ist enorm und die stark gestiegenen Preise zeigen, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

Wenn wir die Zahlen der Einwohner von der Gründung Stutensees bis zum heutigen Zeitpunkt verfolgen, so hat Stutensee seit 1975 um 8000 Einwohner zugenommen.

Stutensee ist gewachsen, aber dennoch können wir in der prosperierenden Region bei weitem nicht den Wohnraum bieten, der benötigt wird – vorrangig für unsere eigenen Bürger.

Das wird sehr schnell deutlich: Bei der Vergabe der Grundstücke im Baugebiet „Wohnen mit der Sonne“ waren erheblich mehr Bewerber als städtische Grundstücke vorhanden. Die dramatische Preisentwicklung im privaten Sektor spricht eine deutliche Sprache, bei Quadratmeterpreisen von fast 600 Euro (in Friedrichstal) und in Einzelfällen über 900 Euro (in Büchig) wird Wohnen zum Luxusgut. In einer freien Marktwirtschaft regeln eben Angebot und Nachfrage den Preis. Daher fordern wir die Stadtverwaltung auf, alles für eine schnelle Umsetzung der Baugebietes 24-Morgenäcker und zukünftige Wohnbaumöglichkeiten wie zum Beispiel in Staffort zu tun. Darüber hinaus müssen wir die Möglichkeiten nutzen, die uns durch die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes gegeben sind, gemäß dem Anteil der Einwohner.

Das Gebiet Lachwald II spielt dabei eine zentrale Rolle, die Argumente hierfür sind hinreichend bekannt, auch wenn sie nicht von allen akzeptiert werden.

Es war unserer Fraktion schon immer ein Anliegen, dass wir die Innenentwicklung unserer Stadtteile stärker in den Fokus nehmen. Hier müssen wir die Balance finden zwischen zu schützenden Grüngerüsten einerseits und der sinnvollen Umnutzung leerstehender Ökonomiegebäude andererseits. Gutes Beispiel dafür wäre wiederum Staffort. Die Umnutzung des „Neise Geländes“ und des „Noch-Schwimmbades“ ist ein Paradebeispiel für Schaffung von Wohnbebauung, in der auch bezahlbare Mieten durch entsprechende Festsetzungen der Stadt auf Flächen erreicht werden können, die die Stadt positiv erwarb. Hier wird auch deutlich, worauf es uns im Gremium wirklich ankommt: Die Stadt verzichtet auf höhere Einnahmen, die durch einen Verkauf hätten erzielt werden können, um Gemeinwohl-Ziele zu erreichen, insbesondere zugunsten einer für 25 Jahre gesicherten Mietpreisfestsetzung auf bezahlbarem Niveau.

Bei den Gewerbegebieten müssen wir auch bedarfsgerecht weiterentwickeln was für Stutensee sinnvoll ist. Flächen für große, versiegelte Parkplätze müssen reduziert - die Parkmöglichkeiten müssen durch andere, ökologischere Maßnahmen geschaffen werden (Etagenparkplätze). Die Ansiedlung von Firmen und Gewerbe sollte unter anderem verstärkt von der Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, auf die mögliche Erzielung von Gewerbesteuerereinnahmen abhängig gemacht werden. Dem steigenden Verbrauch der Ressource Fläche muss auch die Kurve der Gewerbesteuerereinnahmen folgen. Die notwendige Infrastruktur, von der Breitbandverkabelung bis zur Verkehrsanbindung ist als wesentlicher Standortvorteil zu sichern.

Aber Stutensee besteht nicht nur aus bebauter Fläche. Mindestens ebenso wichtig sind die Wiesen, Felder und Wälder um uns herum. Hier wurde mit Umsicht, durch Rückgabe von verpachteten Flächen in Spöck z.B. das Biotop Storchenäcker um weitere 118 Ar erweitert. Hier können wir in kleinem Maße das dramatische Insektensterben aufhalten. Herr Dick soll konkrete Vorschläge für ein konstruktives Entgegenwirken unterbreiten.

Hinterlassenschaften und wilden Bebauungen in Landschafts- und Naturschutzgebieten dürfen nicht geduldet werden. Hier muss die Stadtverwaltung zusammen mit dem Gemeinderat und Besitzern oder Pächtern der Grundstücke, Lösungen erarbeiten und bestehende Gesetze durchsetzen. Pflege und Hochwasserschutz brauchen auch dringend unsere Gewässer zweiter Ordnung, also die Pfinz-Heglach, der Wehrgraben und die Weingartener Bach. Aktiver Hochwasserschutz ist auch wichtig für unser Schulzentrum oder ein funktionierendes Nadelwehr.

Die Betreuung und Erziehung unserer Kinder in Stutensee ist uns wichtig. Deshalb unterstützen wir Kleinkindbetreuung und Kindergärten in ganz erheblichem Maß, sei es in städtischen Einrichtungen oder in Einrichtungen kirchlicher oder freier Träger. Ein Punkt auf unserer heutigen Tagesordnung macht dies deutlich. Die stark gestiegenen Kosten in diesem Bereich belasten unseren Haushalt allerdings in erheblichem Maße. Hier werden wir von den Ländern und dem Staat alleine gelassen.

An den Schulen wird ein anderes Thema sehr deutlich: der vorbeugende Brandschutz! Diese Maßnahmen werden uns allein am Schulzentrum und an der Schule in Spöck in diesem Jahr 400.000 Euro und im kommenden Jahr über 1,3 Mio. € kosten. Welche Maßnahmen und damit verbundene Kosten an anderen städtischen Gebäuden in dieser Hinsicht noch auf uns zukommen werden, bleibt abzuwarten.

Beim Thema Brandschutz ist natürlich das Thema Feuerwehr naheliegend. Neben der Beschaffung und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Gerät, sollten wir endlich auch die strukturellen Probleme unserer freiwilligen Feuerwehr angehen. Die Verwaltung sollte dazu einen Statusbericht zur bisherigen Umsetzung des Feuerwehrkonzeptes vorlegen, in dem auch die weiteren Schritte beschrieben werden.

Abschließend möchte ich festhalten: wir haben schwierige Jahre vor uns. Die drei genannten Punkte Kommunikation, Regeln und Geld spielen bei der Gestaltung unserer Zukunft eine zentrale Rolle. Dass die Voraussetzungen für die Kommunen nicht die besten sind, habe ich versucht deutlich zu machen. Dass wir alle kräftig anpacken und zusammenstehen müssen, um erfolgreich zu sein, ist eine absolute Notwendigkeit.

Und so möchte ich die Gelegenheit nutzen, um allen, die beim Ausarbeiten des Haushaltes 2018 mitgewirkt haben, den aufrichtigen Dank der Fraktion der Freien Wähler auszusprechen, insbesondere Herrn Hambrecht und seinen Mitarbeitern.

Dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung stimmt die Fraktion der Freien Wähler mit klarer Mehrheit zu.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr aufmerksames Zuhören.



## Erklärung der SPD-Fraktion zum Haushalt 2018

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
da Sie heute in größerer Zahl als bei sonstigen  
Haushaltsverabschiedungen hier anwesend sind und damit  
Ihr Interesse am Gemeindegesehen bekunden, möchte  
ich Sie in diesem Jahr an erster Stelle begrüßen!  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Demal,  
sehr geehrte Frau Tröger und Herr Geißler als  
Bürgermeister,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung  
und nicht zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen!**

### **1. Allgemeine politische, wirtschaftliche und finanzielle Situation**

Wenn wir einen kurzen Blick auf die politische, wirtschaftliche und finanzielle Situation in der Welt und in Deutschland werfen, dann kann man aus deutscher Sicht durchaus zufrieden sein. Die weltweite Krise der Jahre 2008 bis 2010 scheint nicht nur überwunden, sondern wir erleben derzeit eine Situation, wie wir sie vergleichsweise in den Jahren des Aufbaus der BRD nach dem Krieg, insbesondere in den 60er und 70er Jahren hatten. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosenzahlen sind auf einem historischen Tiefstand und der Bund macht seit 4 Jahren keine neuen Schulden mehr, ja, er erwirtschaftet trotz der Mammutaufgabe Bewältigung der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen sogar noch Haushaltsüberschüsse in enormer Größe.

Auch das Land B.-W. steht finanziell nicht schlecht da. So konnte die jetzige Regierung von der Vorgängerregierung immerhin ca. 3,5 Milliarden Haushaltsrücklagen übernehmen, die bei einem Mehr an Steueraufkommen alleine im letzten Jahr Ende 2017 bei satten 5 Milliarden angekommen sind. Trotzdem nimmt die Grüne Finanzministerin den Kommunen in B.-W. jährlich 250 Millionen€ mehr aus der Kasse der den Kommunen zustehenden Finanzmittel, als ihr sozialdemokratischer Vorgänger –für Stutensee ein Ausfall an Finanzaufweisung von 500.000€ bis 600.000€! Dass dafür ein Wohnungsbauförderprogramm von ca. 250 Millionen aufgelegt wurde, ist einerseits löblich, andererseits gibt unsere Landesregierung gerade einmal die Mittel weiter, die sie vom Bund für diesen Zweck erhält; also wäre eigentlich etwas mehr möglich gewesen!

Die eigentliche Problematik, die uns Kommunen aber immer mehr belastet, ist die Zuweisung von Aufgaben, für die wir von Bund und Land keine oder nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

### **2. Verwaltungshaushalt**

Dies schlägt sich dann vor allem im Verwaltungshaushalt (bald Ergebnishaushalt) nieder, wo wir immer geringer werdende Zuführungsraten erwirtschaften und dies, obwohl Stutensee im Ranking mit Städten gleicher Größe gerade im Personalhaushalt mit am günstigsten abschneidet!!

Aber die Verbesserung der Tarife bei den ErzieherInnen, die Verbesserung der Relation zwischen Erzieher und Kindern in der Gruppe und der gesetzlich verbriefte

Anspruch auf einen Platz in der U3-Betreuung haben zu einem enormen Anstieg der Kosten in diesem Bereich geführt, die politisch aber auch gewollt waren, aber von Bund und Land nicht in ausreichendem Maße unterstützt werden. Neuerdings kommt auf die Kommunen noch die kostenaufwendige und schwierige Aufgabe der Integration von Asylbewerbern hinzu, die ohne das tolle Engagement der Ehrenamtlichen kaum zu schaffen wäre!! Auch hier wird den Kommunen nur ein Teil der Kosten erstattet!

Welche Folgen dies hat, sehen wir an der Entwicklung der Zuführungsraten vom Verwaltungs(Ergebnis)haushalt in den Vermögenshaushalt.

In den Jahren von 2009 bis 2018 (nach Plan) sind dies knapp 40 Millionen € und in der Regierungszeit von Grün/Rot von 2011 bis 2015 sind dies knapp 25 Millionen!! Aktuell für 2018 erwarten wir noch eine Zuführung von knapp 1,1 Million € und in den Folgejahren sinkt diese Quote immer weiter ab, so dass nach dieser Aufstellung spätestens in 2021 der Ergebnishaushalt, wie er dann heißt, aus Vermögen bezahlt werden muss! Und dies alles hat nur sehr begrenzt etwas mit dem Vermögenshaushalt zu tun, denn neue Investitionen schlagen im Ergebnishaushalt wegen der geforderten Erwirtschaftung der Abschreibungen auf. In den Sozialen Netzwerken werden wir gefragt, wie wir dieses Problem lösen wollen. Unser Kämmerer, Herr Hambrecht, hat zuletzt anlässlich der Ortschaftsratssitzung in Spöck die möglichen „Stellschrauben“ aufgezeigt, die bei einer jetzt schon am untersten Level angekommenen Personalausstattung der Verwaltung keine großen Optimierungsspielräume zulässt, wenn wir die Belastungen und die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht übergebühlich gefährden wollen! Auch ohne die Diskussion um die Lachwaldbebauung wäre der Gemeinderat nicht umhingekommen, über die Anpassung von Steuern und Gebühren nachzudenken. So unterstützen wir den Vorschlag, dass die Verwaltung uns bis spätestens Juli 2018 ein Konzept vorlegt, wie Steuern und Gebühren –auch im Vergleich zu Kommunen gleicher Größe- ausgerichtet werden sollen; einem „Schnellschuss“, z.B. die Gewerbescheuern schon für 2018 zu erhöhen, können wir nicht folgen!

### **3. Vermögenshaushalt**

Durch das jahrelange gute Wirtschaften konnte eine enorme Rücklage angespart werden, die uns u.a. auch den Bau des neuen Stutenseebades ermöglicht hat, was uns unter dem Strich wie nachgewiesen billiger kommt als die Generalsanierung des alten Bades. Die Fertigstellung wird unseren aktuellen Haushalt für 2018 natürlich noch einmal enorm belasten. Die wichtigsten Aufgaben des ca. 19 Millionen umfassenden Teilhaushalts außer dem Schwimmbad sind Straßensanierungen, Sporthallensanierung in Spöck fertigstellen, diverse Brandschutzmaßnahmen, Baugebiet 24-Morgen-Äcker, um nur einige zu nennen. In diesen 19 Millionen sind auch rund 8 Millionen für den Ankauf von Grundstücken in verschiedenen künftigen Neubaugebieten enthalten.

### **4. Schulden- und Rücklagenentwicklung**

Wenn man die Schulden- und Rücklagenentwicklung von 2010 bis 2015 betrachtet, dann fällt auf, dass wir eine ziemlich kontinuierliche Entwicklung bei um die 7 Millionen Schulden, aber auch eine immer stärker anwachsende Rücklage zu verzeichnen haben, die 2016 sogar die Schulden übertroffen hätte, wenn wir nicht die Anschlussunterbringung im Seegrabenweg erstellt hätten. Andere Städte –wie

z.B. Bretten- haben diese Aufgabe nicht über den ordentlichen Haushalt, sondern über ihre kommunale Wohnungsbaugesellschaft abgewickelt. Als SPD-Fraktion waren wir der Meinung, dass man dies auch in Stutensee hätte angehen sollen, denn hier war der Baugrund schon in städtischer Hand. Leider ist man unseren Vorstellungen hier nicht gefolgt. Auch die Anschlussunterbringung in Spöck hätte man so finanzieren können. Anstatt am Ende des Jahres 2018 bei etwa 18 Millionen Schulden zu landen bei nur noch 1,2 Millionen Rücklage, würde sich der Schuldenstand „nur“ auf ca. 12 Millionen belaufen, wobei in diesem Schuldenstand auch noch 8 Millionen € für den Ankauf von Grundstücken enthalten sind, wobei davon auszugehen ist, dass das neue Bad bis Ende des Jahres weitgehend bezahlt und in diesem Schuldenstand schon enthalten ist.

Ich habe einmal Städte in etwa gleicher Größe wie Stutensee auf den Schuldenstand hin verglichen. Z.B. Nagold oder Leimen. Dort bewegt man sich in einer Größenordnung knapp unter 30 Millionen im ordentlichen Haushalt, mit Eigenbetrieben sogar bei 60 Millionen. Aber auch im Vergleich zu allen anderen Großen Kreisstädten im Landkreis Karlsruhe steht Stutensee vergleichsweise gut da. Wir alle wissen, dass dies nur ein Zwischenstand ist und sich bei den vielfältigen Aufgaben die Situation auch in Stutensee noch verschlechtern wird.

#### **5. Schulen und Sporthallen**

Gut ist es jedenfalls, dass wir in der Vergangenheit, insbesondere seit 2010, viel Geld in die Hand genommen haben, um unsere Schulen und Sporthallen energetisch zu sanieren und auch sonst rundzuerneuern. Wenn man sieht, dass z.B. Rheinstetten in den letzten 2-3 Jahren gut 30 Millionen in die Hand nehmen musste um ein baugleiches Schulzentrum komplett zu sanieren, dann haben wir in Stutensee in der Vergangenheit doch vieles richtig gemacht. Natürlich ist in dieser Gemeinde der Schuldenstand weit über den derzeitigen von Stutensee angestiegen.

Wir werden aber nicht umhin kommen, weitere Verbesserungen insbesondere im Schulzentrum vorzunehmen und alle unsere Schulen auch auf die Digitalisierung vorzubereiten. Andere Aufgaben liegen im naturwissenschaftlichen Bereich. Die einzigen Hallen, die nicht saniert wurden, sind die Mehrzweckhalle in Staffort und die Halle bei der Pestalozzischule; hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt.

#### **6. Kindergärten und Kinderkrippen**

Ähnliches wie für die Schulen gilt auch für unsere Kindergärten. Zuletzt haben wir mit hohem Aufwand den Kindergarten im Lachwald saniert und für U3 erweitert. Auch in Friedrichstal wurde sowohl der Kindergarten in der Grundschule als auch der in der Hildastraße teilweise erweitert und auf den neusten Stand gebracht. Den dringendsten Bedarf sehen wir jetzt beim kath. Kindergarten in Blankenloch, wo sich aber zuletzt doch eine Möglichkeit abzeichnete, wie wir hier in Abschnitten zum Erfolg kommen können. Dass in den meisten Einrichtungen auch Mahlzeiten angeboten werden können, gehört heute schon zum Standard eines Kindergartens, hat aber ebenfalls erhebliche Mittel erfordert.

#### **7. Kinderspielplätze**

Moderne Kinderspielplätze gehören natürlich zu einer familienfreundlichen Stadt. Insbesondere in Blankenloch und Friedrichstal ist uns dies zuletzt sehr gut gelungen;

es muss das Ziel sein, dass wir in jedem Stadtteil solche Plätze wie die beiden genannten anbieten können.

## **8. Wohnen in Stutensee Schaffung von Wohnraum**

Es vergeht heute kaum ein Tag, wo wir nicht mit Meldungen eingedeckt werden, die das Thema Wohnen zum Inhalt haben. Teilweise wird bemängelt bzw. kritisiert, dass der Bund und die Länder zu wenig aktive Wohnbaupolitik betreiben. Dabei vergisst man leicht, dass Bund und Land nur begrenzte Möglichkeiten haben und lediglich Fördergelder zur Verfügung stellen können; die wichtigste Voraussetzung müssen dabei die Kommunen selbst schaffen, nämlich die Bereitstellung von Wohnbauflächen. Natürlich stellt sich für eine Stadt auch die Frage, in welchem Umfang soll das Wachstum erfolgen! Wir haben deshalb im letzten Jahr die Forderung nach einem Masterplan für Stutensee gestellt; leider wurde darüber im Gremium nicht so diskutiert, wie wir uns das vorgestellt haben. Dass jetzt ein Forum mit Bürgerbeteiligung geschaffen wurde, ist wenigstens ein später Ersatz für unsere Forderung. Der verabschiedete FNP bis 2030 soll die Grundlage für die Entwicklung in Stutensee darstellen. Hier sehen wir für Blankenloch und Büchig Probleme auf uns zukommen. Wenn wir weder in Blankenloch noch in Büchig neue Wohnbauflächen zur Verfügung stellen, wird hier ein schleichender Verdrängungsprozess stattfinden, indem nämlich von außerhalb, teilweise sogar von außerhalb B.-W.s junge gutverdienende Menschen die neu zu bauenden Wohnungen im alten Ortsetter oder die durch Fluktuation freiwerdenden zu entsprechend hohen Mieten von den durchweg privaten Vermietern bekommen werden und viele junge und ältere Einheimische sich außerhalb umschauchen müssen. Der Gemeinderat hat deshalb am 25. April 2017 einstimmig die Absicht zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beschlossen. Dass dies ohne kommunale Flächen äußerst schwierig ist, hat zuletzt auch die Gemeinde Walzbachtal erkennen müssen und deshalb auf die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft verzichten müssen. Deshalb war unsere Fraktion auch bereit, das Wagnis einer Bebauung eines Teils des Lachwaldes einzugehen. Es ist uns klar, dass bei einem negativen Ausgang des Bürgerentscheids für die Stadt das Vorhaben Schaffung von preisgünstigem Wohnraum weitestgehend aufgegeben werden muss. Doch wir sehen es durchaus positiv, dass diese Frage von den Bürgern mit entschieden wird, denn diese Verantwortung sollte auf möglichst breite Schultern verteilt werden.

Etwas problematisch sehen wir im Nachhinein den Kauf des Amolsch/Nagel-Areals. In Zukunft muss sorgfältig geprüft werden, ob solche Areale -hier in der Nähe der Bahn- für eine wohnbauliche Nutzung auch geeignet sind. Wir hoffen, dass hier eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann.

## **9. Gewerbeentwicklung**

Es ist leider wahr, dass wir rein von den Einnahmen her von der Gewerbeansiedlung noch nicht so profitiert haben, wie wir uns das wünschen würden. Die fiskalische Seite ist das eine, die Bereitstellung von Arbeitsplätzen die andere Seite der Medaille. Bei täglich über 8.000 Auspendlern, darunter gut 4.400 nach Karlsruhe, können wir nicht nur von Karlsruhe oder anderen Kommunen verlangen, dass sie Arbeitsplätze für unsere MitbürgerInnen zur Verfügung stellen; auch wir müssen einen gewissen Beitrag leisten. Wir sagen allerdings als SPD-Fraktion, dass wir nur einer sehr

behutsamen Entwicklung zustimmen und dass auch die Zeit der „Billigangebote“ für Gewerbeflächen zu Ende sein muss!

#### **10. Naturschutz und Förderung der Biodiversität**

Vor kurzem hatten wir im AUT des Kreistages eine Veranstaltung, die sich insbesondere um das Thema Biodiversität drehte, d.h. um die Verbesserung der Artenvielfalt und um das Entgegenwirken des Verlustes von Arten. Hierzu war auch das Landwirtschaftsamt eingeladen. Allgemein hin steht ja hier die Landwirtschaft oftmals am Pranger. Doch dass man der Landwirtschaft nicht alleine die Schuld geben kann, steht für uns außer Frage. Wir haben zusammen mit anderen hier im Gemeinderat schon einige Male angeregt, dass wir ins Gespräch mit unseren Landwirten kommen müssen, denn es gibt schon heute Möglichkeiten, mit weniger Gifteinsatz ebenfalls die gewünschten Erfolge zu erzielen.

Zur Steigerung der Biodiversität könnte nämlich auch beitragen, dass in den Feldfluren mehr und breitere Entwicklungsflächen zwischen monokulturartigen Flächen entstehen; als Stadt könnten wir hier über den Verzicht auf Pachteinahmen vielleicht zu einem für alle guten Deal kommen.

#### **11. Entkalkungsanlage für die Wasserwerke**

Seit geraumer Zeit schon diskutieren wir über eine mögliche Enthärtung unseres zwar chemisch sehr guten aber auch etwas zu harten Trinkwassers. Viele Eigenheimbesitzer, aber auch Mietshäuser haben eine eigene Enthärtungsanlage. In der Diskussion wurden viele Vorteile aufgeführt. Aber man sollte auch wissen, dass unser Wasserpreis dann um 50 bis 70 Cent ansteigen müsste. Außerdem ist die Einleitung in die Vorfluter zu prüfen, denn in heißen Sommern könnte es passieren, dass die Bachläufe austrocknen. Es ist klar, dass die angedachte Bürgerinformation vor einer endgültigen Zustimmung erfolgen muss; doch diese macht erst Sinn, wenn alle Fakten ausreichend geklärt sind!

#### **12. Zusammenarbeit im Gemeinderat**

Es ist gut, dass über Parteigrenzen hinweg eine überwiegend gute Zusammenarbeit im Gemeinderat möglich ist, was vor kurzem einen Journalisten doch etwas überrascht hat. Ich denke, dies liegt daran, dass man sich in Stutensee seiner Stadt und nicht seinen Parteiinteressen verpflichtet fühlt. Es ist schade, dass uns von außerhalb des Gremiums manchmal Dinge unterstellt werden, die es in dieser Form im Gremium nicht gibt. Es ist für uns auch klar, dass nach den jüngsten Ereignissen die Bürger noch mehr und früher in Entscheidungsprozesse einbezogen werden müssen. Dazu ist es aber auch erforderlich, dass sich die Bürger nicht nur punktuell für ein Thema interessieren, sondern über alle wichtigen Themen und über die Parameter bei der Aufstellung eines Haushalts interessieren sollten, damit dann auch eine qualifizierte Diskussion entstehen kann.

#### **13. Dank an die Verwaltung**

Zum Abschluss darf ich unserer Verwaltung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit danken, insbesondere auch dem Team von Herrn Hambrecht für die Erstellung des Zahlenwerks.

In diesem Jahr möchte ich aber auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister Demal, unseren Dank besonders aussprechen. Sie wissen, wir beide haben in der Vergangenheit



schon manch harten Strauß miteinander ausgefochten. Umso mehr möchte ich herausstellen, dass gerade in den letzten Monaten eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich war. Damit haben wir in Stutensee –auch im Vergleich mit vielen anderen Kommunen unserer Größe- sehr viel erreicht. Ich wünsche mir, dass dies auch in Zukunft zum Wohle unserer Stadt so bleiben möge!!

#### **14. Zustimmung zum Haushalt**

In diesem Sinn darf ich für die SPD-Fraktion zum Haushalt 2018 und zur Finanzplanung bis 2021 unsere Zustimmung geben, ebenso dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung.

Für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit darf ich mich recht herzlich bedanken.

Heinrich Sickinger  
-Fraktionsvorsitzender



## Haushaltsrede 2018 von Bündnis 90/Die Grünen Stutensee

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst einmal vielen Dank Herrn Hambrecht und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben wieder ein umfangreiches Werk in gewohnter Genauigkeit und Ausführlichkeit zusammengestellt.

Im Vorbericht des Haushaltes weisen Sie, Herr Hambrecht, daraufhin, wie Sie es auch in den letzten Jahren immer wieder getan haben, dass unser Haushalt ab 2020 durch das Neue Kommunale Haushaltsrecht schwierig wird und dass wir uns jede größere Investition gut überlegen müssen. Und das ist für Stutensee auch die Frage der Zukunft, was können wir uns noch leisten, was müssen wir uns leisten und wie können wir es sinnvoll finanzieren.

Suchet der Stadt Bestes. Dieses Zitat aus der Bibel hat Herr Oberbürgermeister Demal mehrfach bei der Einbringung des Haushaltes erwähnt. Ich schließe mich diesem Zitat an und gehe davon aus, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dies erreichen wollen, der Stadt Bestes zu suchen. Aber was ist das Beste für die Stadt? Darüber gibt es manches Mal unterschiedliche Meinungen, wie jetzt beim Haushalt oder beim Lachwald. Diese Unterschiede gehören aber zur Demokratie, dass wir eben nicht immer alle das Gleiche denken müssen und dass es nicht immer einen Konsens gibt. Was uns dabei wichtig ist, ist ein fairer Umgang miteinander und kein Vorwurf des Populismus. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist uns demokratische Offenheit und Ehrlichkeit nicht nur durch Information sondern auch durch rechtzeitige Diskussion wichtig. Die Perspektivwerkstatt „Zukunft wohnen“ könnte da ein gutes Zeichen sein. Der Zeitpunkt hätte allerdings früher, zu Beginn des FNP-Prozesses sein sollen, wie wir Grünen es gefordert haben. Vielleicht hätten wir dann den Bürgerentscheid nicht gebraucht.

### Transparenz

Erfreulich hingegen finden wir, dass die zweite Runde der Haushaltsberatung in diesem Jahr öffentlich stattfand, wenn gleich wir uns nach wie vor dafür einsetzen, die gesamten Haushaltsberatungen öffentlich zu machen, dann hätten wir uns diese 2. Runde sparen können.

Heute an dieser Stelle bleibt uns nur, dem Haushaltsentwurf als Ganzem zuzustimmen oder ihn abzulehnen und es bleiben ein paar uns wichtige Schwerpunkte zu nennen.

### Ökologie

Bündnis 90/ Die Grünen hat sich neben Offenheit und Transparenz immer auch in starkem Maße für Umwelt- und Naturschutz eingesetzt. Das soll auch mein erster Schwerpunkt sein.

Am Sonntag vor zwei Wochen habe ich einen größeren Spaziergang um Blankenloch herum gemacht und ganz gleich in welche Himmelsrichtung ich gegangen bin, überall bin ich auf eine geplante oder tatsächliche Umweltzerstörung gestoßen. Im Norden zwei große graue Felder des neuen Bouleplatzes mitten im Wiesenstreifen, im Westen lief ich über die große, grüne Fläche westlich der Bahn. Sie wird in einigen Jahren komplett mit Gewerbe zugebaut sein, im Süden ging ich durch den Lachwald, dessen teilweise Zerstörung geplant ist und im Osten ging ich durch ein Landschaftsschutzgebiet, dessen geschützte Wiesen, von zu vielen Pferde jetzt im Winter regelrecht umgegraben werden. Seit Jahren weisen wir von den Grünen daraufhin, ohne dass etwas dagegen unternommen wird.

Sind wir bald nur noch die liebenswerte Stadt im Grauen - statt im Grünen.

Landverbrauch, Rodung von Wald ist etwas, dass wir uns nicht mehr leisten können, denn: Umweltschutz ist auch Menschenschutz.

### Lachwald

Das gilt auch für den Lachwald. Die Einnahmen daraus sind aus dem Haushalt herausgenommen, aber sie spielen in der Bedarfsliste eine Rolle.

So sind die beiden Maßnahmen auf der Bedarfsliste mit der höchsten Priorität (die Halle in Staffort und der Kindergarten Blankenloch- Büchig) in einem Volumen, das den geschätzten Einnahmen aus dem Lachwaldverkauf genau entspricht. Übrigens war die Halle in Staffort 2015 in der mittelfristigen Finanzplanung mit 2,7 Mill angesetzt, heute bereits mit ca. 5 Mill. Das sind nicht nur konjunkturelle Baukosten-Erhöhungen.

Wir sind der Meinung, dass der Haushalt funktionieren muss, ohne die Rodung des Lachwaldes - die Zerstörung des Waldes. Das Wort Zerstörung kommt in der Argumentation der Abholzbefürworter nie vor, aber genau das ist es. Da wird Natur zerstört. Umwelt zerstört.

Im Haushaltsentwurf 2015 und 2016 sind in der mittelfristigen Finanzplanung keinerlei Einkünfte aus dem Lachwald vorgesehen und dennoch ist der Haushalt ausgeglichen und rechtskräftig. Wir müssen das auch in Zukunft hinbekommen, ohne einen Wald sterben zu lassen.

Die Investitionen der Bedarfsliste betragen 13,6 Mill €. Der Erlös des Lachwaldes würde für deren Finanzierung nicht ausreichen, deshalb müssen wir grundsätzlich andere Wege gehen. Und sollen die ganzen Straßen des Baugebiets Lachwald II, vermutl. ein Kreisel über die Straßenbahn, die Anlage des neuen Naherholungsgebietes, in einem zumindest teilweise wertvollen ökologischen Gebiet, die neuen Bewohner über Anliegerkosten zahlen? Oder zahlt dies die Stadt, das sind geschätzt weit mehr als 2 Mill., damit wäre ein Viertel der Einnahmen bereits weg.

### Kostengünstiges Wohnen

Natürlich sagen wir nicht, den Lachwald erhalten und Menschen auf der Straße leben lassen. Aber das ist nicht die Alternative. Sozialer Wohnungsbau und Wohnungsbau für Menschen,

die nicht so viel verdienen, muss an anderer Stelle geschehen. Und wir sind dankbar, dass das jetzt am Neisegelände passieren wird.

Seit Wochen stellen wir die Fragen nach dem Bedarf. Dass Bevölkerungszuwachs in die Region kommen wird, das wissen wir, dass 700 Menschen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, das wissen wir auch. Diese Zahl sagt jedoch gar nichts aus, außer dass in Stutensee zu viele Menschen zu wenig verdienen. Aber wohnen diese Menschen alle auf der Straße? Wie viele von Ihnen haben keine Wohnung und brauchen dringend eine? Diese Frage stellen wir seit fast einem Jahr und haben von der Verwaltung bisher keine Antwort bekommen? Was heißt kostengünstiges Wohnen in € pro Quadratmeter und wieviel Quadratmeter Wohnfläche pro Person sind vorgesehen, auch das wurde nie in schriftlicher Form mitgeteilt. Wir haben mehrfach um Fakten gebeten, um zukunftsweisend planen und sagen zu können, soviel wird durch das Neisegelände aufgefangen, soviel können wir in 24-Morgen- Äcker aufnehmen und so viel im Unterfeld in Staffort.

Bei den bisherigen Wohngebieten waren diese weniger verdienenden Menschen nicht so wichtig. Da wurden sehr viele Einfamilien- und Reihenhäuser oder Doppelhäuser gebaut. Und da muss ich auch sagen, da haben leider auch wir Grüne zwar immer wieder mal danach gefragt, aber vielleicht nicht intensiv genug. Da tragen wir eine gewisse Mitschuld, wie alle anderen Gemeinderäte auch.

Bei der Investition von 400 000 für eine Bouleplatz, von 500 000 für eine Festplatz und bei den Millionen für ein Schwimmbad in Blankenloch oder 400 000 für ein Familienzentrum in Spöck und bei vielen anderen Investitionen, da hat der Gemeinderat - uns eingeschlossen - nicht nach kostengünstigem Wohnen gefragt.

#### Haushalt – Gebühren und Steuererhöhung

Wir müssen umdenken in unserem Haushalt, wir können nicht unser Tafelsilber verkaufen, wir haben dann auch bald keines mehr. Deshalb haben wir beantragt bereits in diesem Jahr die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B um 20 Prozentpunkte zu erhöhen. Aber das wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, obwohl wir seit ewigen Zeiten nicht mehr erhöht haben und also noch nicht einmal die Inflation ausgeglichen haben. Wir sind in beiden Steuern bei den absolut günstigsten im Landkreis. Das würde bereits in diesem Jahr ca. eine halbe Million mehr Einnahmen erwirtschaften.

Ein Wort zur Grundsteuer. Ich halte das gerade im Rahmen der sozialen Fürsorge und des Umweltschutzes für eine wichtige Steuer. Denn wer sich ein Einfamilienhaus mit großem Grundstück leisten kann, zahlt natürlich wesentlich mehr Grundsteuer als ein Mieter einer kleinen Wohnung in einem Mehrfamilienhaus. Sicher es gibt Härtefälle z.B. die Seniorin, die eine altes Haus mit Schuppen und Scheune hat, die leer stehen, aber auch da sind wir als Stadt gefordert über Wohnungsbau- Management und Bauen in 2. Reihe für Möglichkeiten der Abhilfe zu sorgen.

Ökologisch können wir es uns einfach nicht mehr leisten immer mehr Fläche zuzubauen, und in Deutschland geht so etwas häufig nur über den Geldbeutel.

Wenn so ein reiches Land wie Deutschland einen Wald opfern muss, um den ärmeren Menschen eine Bleibe zu geben, dann ist das im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis.

Ähnlich wie bei der Grund- und Gewerbesteuer sind wir in vielen Gebührensätzen in Stutensee sehr niedrig, dadurch subventioniert die Stadt vieles mit, z.B. die

Bestattungsgebühren. Wir Grünen fordern seit Jahrzehnten, dass endlich die Bestattungskosten genau ermittelt werden. Wir hoffen, dass wir dieses Jahr ein Ergebnis bekommen und dass wir dann auf die von unserer Rechtsaufsichtsbehörde, der Gemeindeprüfungsanstalt, geforderten 50 % Deckung schrittweise erhöhen werden. Bisher sind wir mit die niedrigsten im Kreis und bisher wurde eine Erhöhung von anderen Parteien verhindert. Es geht uns nicht um irgendwelche Nebenkosten (wie Aussegnungshalle oder Grünfläche), sondern um die tatsächlichen Kosten der Bestattung.

Wir wissen, das sind nicht die ganz großen Beträge, aber Kleinvieh macht auch Mist, heißt es in einem Sprichwort, und da und dort 50 oder 100 Tausend Euro mehr, das bringt auch etwas.

Deshalb müssen auch andere Gebühren überprüft werden.

### Doppik

Das ist natürlich auch wichtig im Rahmen des Neuen Haushaltsrechts, das ab 2020 greift. Bei allen Schwierigkeiten, die damit kommen, wir finden daran gut, dass es zu mehr Haushaltklarheit und –wahrheit führt und weil es für mehr Nachhaltigkeit sorgt. Ein Thema das uns Grünen schon immer wichtig war, nicht nur in ökologischen Fragen sondern auch in Haushaltsfragen.

Das muss aber, wie Herr Hambrecht im Haushalts-Vorbericht sagte, dazu führen jede Investition noch genauer zu bedenken, als wir das bisher getan haben, nicht nur in den Anschaffungskosten sondern in den Folgekosten. War bisher eine Anschaffung, eine Investition bezahlt, dann war es für uns erledigt, in 2 Jahren wird es anders sein. Da müssen wir die Abschreibungen aller Gebäude und Sachen erwirtschaften.

Daher die Frage: Können wir uns wirklich noch alle Investition leisten?

Wir glauben, wir müssen stärker umdenken. Umdenken kann beispielsweise geschehen, in dem wir über Erbpacht statt Kauf nachdenken, in dem wir unsere schönen Straßen nicht schlecht reden und die Sanierung ein wenig hinausschieben, soweit das möglich ist. In dem wir auch über Konzentration von Aufgaben nachdenken und nicht alles in jedem Stadtteil vorhalten müssen.

### Pflichtaufgaben

Natürlich gibt es Pflichtaufgaben, die sein müssen und nicht verschoben werden können. Ich denke z.B. an die Umbauten wegen des Brandschutzes. Sie kosten uns ungefähr 530.000 € in diesem Jahr. (1,25 Mill in 2019/20)

Oder an die Kindergärten In den vergangen Jahr haben wir hierfür etliche Millionen ausgegeben, für Baumaßnahmen, Gehälter und Zuwendungen. Kinderbetreuung ist uns wichtig - für die Kinder, aber auch weil es um Chancengleichheit zwischen Mann und Frau geht.

Und die Schulen - hier haben wir in den letzten 10 Jahren rund 10 Millionen allein in die Gebäude investiert, ohne Sachleistungen und Gehälter.

Doch wir können sagen: im Vergleich mit anderen Städten stehen unsere Kindergärten und Schulen sehr gut da, weil das uns allen hier im Gemeinderat und der Verwaltung immer ein wichtiges Anliegen war.

Aber diese drei letzten Themen Brandschutz, Kinderbetreuung und Schulen sind Aufgaben, bei denen uns vom Land und vom Bund immer mehr Auflagen gemacht werden, die immense Kosten verursachen. Hier legen wir Wert auf das Prinzip der Konnexität, das also diejenigen, die die Vorgaben machen, auch das Geld geben und werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass mehr Geld dafür von dort an die Kommunen kommt.

### Flüchtlinge

In den letzten beiden Jahren war das Thema Flüchtlinge in aller Munde in diesem Jahr wurde es, zumindest in der Berichterstattung etwas ruhiger. Wir glauben, dass hier in Stutensee in diesem Bereich Vorbildliches geleistet wurde. Sowohl durch die Stadtverwaltung als auch durch viele Ehrenamtliche. Ihnen allen großen Dank.

Für ein gelungenes Zusammenleben liegt hier noch viel Arbeit vor uns, aber wir sind sowohl räumlich als auch personell gut ausgestattet. Hier erhalten wir noch oder haben schon etliche Zuschüsse, kostenlose Kredite und Miete für die Anschlussunterbringung erhalten.

Noch einmal zurück zur Umwelt.

Wir erwarten, dass in diesem Jahr endlich ein ökologisch orientierter Pflegeplan der öffentlichen Grünflächen erstellt wird und dann auch danach gehandelt wird. Dies fordern wir seit etlichen Jahren und viele umliegende Städte haben das schon sehr lange.

### Dank

Zum Schluss bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und im Bauhof und bei allen Ehrenamtlichen, die sich zum Besten der Stadt eingesetzt haben und einsetzen.

### Ablehnung

Wir Grünen sind der Meinung, dass wir mit der Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B bereits in diesem Jahr für eine dringend notwendige Verbesserung der Einnahmen hätte sorgen müssen, um die notwendigen Investitionen leichter stemmen zu können. Das wurde im Haushalt nicht aufgenommen, daher stimmen wir dem Haushalt nicht zu.